

böllthema

Interview: Staatssekretärin
Franziska Brantner über
den Stand der sozial-
ökologischen Transformation

Porträts: Sechs Frauen aus
sechs verschiedenen Ländern
reparieren die Welt

Reportage: Der Chiphersteller
Intel kommt nach Magdeburg.
Und alles wird anders.

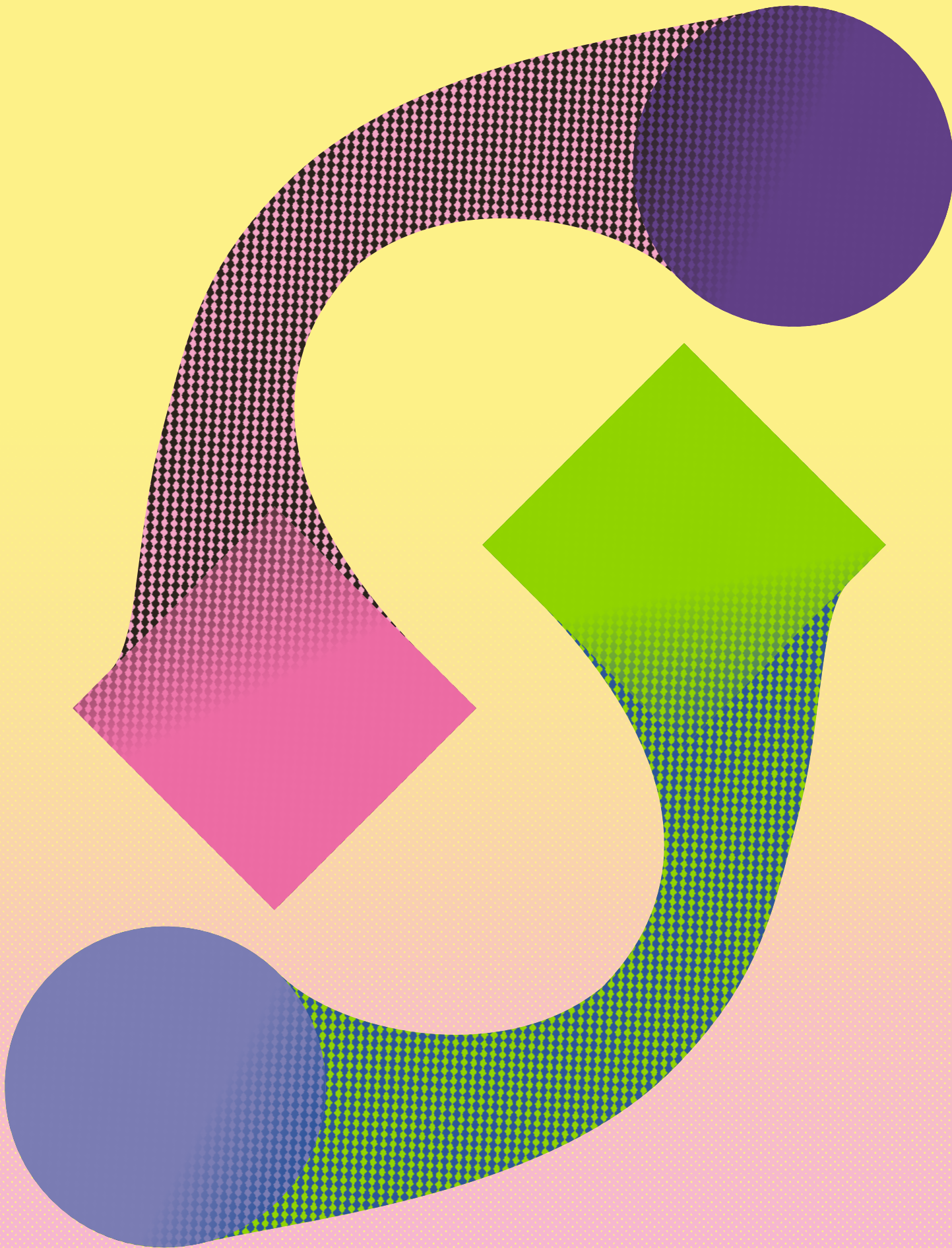
23-1

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung



Gemeinsam verändern

Ein Heft für bewegte Zeiten



Gerade jetzt

Viele Krisen lasten gleichzeitig auf uns: Kriege, einer davon auf dem europäischen Kontinent; eine globale wirtschaftliche Rezession; Ängste vor gesellschaftlicher Spaltung und eine Pandemie in den Knochen – dazu die ökologischen Megakrisen Klimawandel und Artensterben. Die Politik darf sie jetzt nicht gegeneinander ausspielen und nach dem Entweder-oder-Prinzip angehen: Die Ursachen und Treiber der Erderwärmung würden verheerend lange unangetastet bleiben, zu viele würden den Glauben verlieren an die sozial-ökonomische Transformation.

Dabei wäre es möglich, bereits jetzt und *gerade jetzt* große Schritte zu machen. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat auch gezeigt: Schnelle strukturelle Veränderungen hin zu einer Strom- und Wärmeversorgung mit den Erneuerbaren sind machbar. Davon braucht es jetzt noch viel mehr: zum Beispiel unbürokratische Investitionen für Vorhabenträger*innen und Kommunen und die Weiterbildung von Fachkräften, auch über die Schuldenbremse hinaus. Die Zumutungen der Transformation gehören dabei ehrlich beziffert und beim Aufbau neuer grüner Infrastrukturen mitgedacht, die Einsparungen und Gewinne an die Gesellschaft zurückgegeben. Die Transformation muss das Versprechen einlösen, dass alle von ihr profitieren und der Zusammenhalt auch in der Zukunft gewahrt bleibt. Statt Ängsten und Bremsern das Feld zu überlassen – lasst uns mit der großen Mehrheit, die weiß, um was es geht, eine neue sozial-ökologische Marktwirtschaft bauen. Gerade jetzt.



Jan Philipp Albrecht
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Ihr Jan Philipp Albrecht

Editorial

- 1 Von Jan Philipp Albrecht

Wo wir stehen

- 3 **Wie können die sozial-ökologische Transformation und der Zusammenhalt in Krisenzeiten gelingen?**
Von Claudia Kemfert und Franziska Hoffart

Dossier

- 6 **STOPP «auf dem Highway in die Klimahölle»**
Die Menschheit steckt in einer existenziellen Krise, ihre Welt steht mehrfach unter Druck.
Von Hanna Gersmann

Statement

- 12 **«Die richtigen Ideen für eine klimagerechte Zukunft sind schon da. Lasst sie uns gemeinsam umsetzen!»**
Ein Plädoyer von Christiane Aeverbeck (Klima-Allianz Deutschland)

Großes Interview

- 14 **«Wir bauen keine Kameras ein, um das Duschen zu überprüfen.»**
Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschafts- und Klimaministerium, über den Stand der ökosozialen Transformation
Interview:
Peter Unfried

In Bildern

- 20 **Die Welt reparieren**
Porträts von sechs Agentinnen des öko-sozialen Wandels aus sechs Ländern.
Illustrationen:
Franz Lang
Texte: Christina Focken

Essay

- 26 **Spaltet Freiheit?**
Wer mehr Nachhaltigkeit und Solidarität anstrebt, muss sich zu weniger Freiheit bequemen – und umgekehrt.
Von Claus Dierksmeier

Interview

- 28 **«Menschen müssen im Umbruchsprozess ihren Platz finden.»**
IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban sagt, dass wir den Wandel nicht allein den Märkten überlassen dürfen.
Interview: Susanne Lang

Reportage

- 30 **Willkommen in Magdeburg**
Der Chiphersteller Intel kommt mit einer Megafabrik in die Stadt. Eine Chance, die zugleich Herausforderungen für Mensch und Umwelt bedeutet.
Von Jannis Holl

Analyse

- 35 **Ein Zukunftsvertrag für Europas Wohlstand**
Die EU muss mehr in die Energiewende und Klimaschutz investieren.
Von Jan Philipp Albrecht
- 37 **Es bleibt in der Familie, so oder so**
Mit Verantwortungseigentum ist ein werteorientiertes Wirtschaften möglich.
Von Armin Steuernagel

Debatte

- 40 **Auch Wohlfahrt muss nachhaltiger werden**
Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir auch über neue sozial-ökologische Infrastrukturen nachdenken.
Von Milena Büchs

Kommentar

- 42 **Diskutieren, gestalten, wirksam sein**
Wie dialogorientierte Bürgerbeteiligung demokratisches Engagement und Kommunalpolitik stärken kann
Von David Löw Beer und Daniel Oppold

Analyse

- 45 **Rohstoffwende statt Rohstoffwahnsinn**
Warum wir unsere europäische Handels- und Rohstoffpolitik strategisch und nachhaltig ausrichten müssen
Von Anna Cavazzini

Das letzte Wort

- 48 **Floating University: Gemeinsam in eine veränderte Zukunft**



▲ Das Climate Care Festival 2021 in Berlin veranstaltete am Standort der «Floating University», dem ehemaligen Regenrückhaltebecken des Tempelhofer Flughafens, zahlreiche Workshops. Thematisiert wurde unter anderem das Verhältnis des Menschen zur Natur und der Zusammenhalt untereinander (s.a. S. 5 und 48).

Wie können die sozial-ökologische Transformation und der Zusammenhalt in Krisenzeiten gelingen?

«Die Transformation zu einer wünschenswerten und gerechten Zukunft kann gelenkt werden – durch eine aktive Mitgestaltung, also *«by design»* statt *«by desaster»*.»

Text: Claudia Kemfert und Franziska Hoffart

Die vergangenen Jahre waren geprägt durch eine Vielzahl von Krisen, mit denen die Menschheit gleichzeitig konfrontiert ist. Die Klimakrise ist dabei nur eine von vielen – hinzu kommen etwa die Pandemie, der Verlust der Biodiversität oder zuletzt die geopolitische Energiekrise infolge des brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Diese Krisen bedingen und beeinflussen sich nicht nur gegenseitig, sondern rufen zusätzliche Konflikte im Zuge ihrer Bewältigung hervor; so ist zudem von einer Kommunikations- und Verantwortungskrise oder auch Demokratie- und Gerechtigkeitskrise die Rede. 2021 wurde der Begriff der «globalen Polykrise» geprägt mit Blick auf ein neues Verständnis dafür, wie all diese Konflikte miteinander verwoben sind.

Die Krisen sind Symptome des immer selben Problems: unsere nicht nachhaltige, auf unendliches Wachstum ausgerichtete Lebensweise auf einem endlichen Planeten. Im Zentrum steht die sozial-ökologische Krise. Denn derzeit gelingt es keinem Land, die Grundbedürfnisse seiner Bewohner:innen – geschweige denn zukünftiger Generationen – auf einem nachhaltigen Niveau der Ressourcennutzung zu sichern, das auf alle Menschen weltweit ausgeweitet werden kann. Gleichzeitig wächst die soziale Ungleichheit, nehmen die globalen Emissionen sowie die Ressourcen- und Energienutzung zu. Daraus folgt: Wir laufen nicht nur Gefahr, die Klimaziele zu verfehlen, auch die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen ist bedroht durch die Überschreitung weiterer ökologischer Grenzen und irreversibler Kippunkte.

Eine nicht nachhaltige Lebensweise kann per definitionem nicht fortbestehen. Veränderung und Transformation sind daher so

unvermeidbar wie dringend geboten. Sie erfolgen *«by design»* oder *«by desaster»*, sprich durch aktives Handeln oder ein Nichtstun und *«Weiter so»*. Damit einhergehende kulturelle, sozio-ökologische oder technische Veränderungen werden unter dem Schlagwort der sozial-ökologischen Transformation zusammengefasst. Die Transformation gilt als Antwort auf die doppelte Problematik der eben beschriebenen *«twin crisis of injustice and biosphere»*. Dieses Transformationsverständnis hat mindestens drei Implikationen:

Erstens zeigt sich, dass die sozial-ökologische Transformation Hand in Hand gehen sollte mit einer sogenannten *«Just Transition»*, verstanden als tiefgreifender Wandel hin zu einer gerechteren Zukunft. Hierbei zeigt sich die ethische Dimension der aktuellen Krise: Die (Wieder-)Herstellung von inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit sowie interregionaler Umwelt-, Klima- und Energiegerechtigkeit ist zwingend erforderlich.

Zweitens wird anerkannt, dass die Klimakrise nur eine von vielen ökologischen und sozialen Krisen ist, die mit der Überschreitung planetarer Grenzen einhergeht, und dass ökologische und soziale Probleme eng miteinander verwoben sind. Einerseits ist die Einhaltung der ökologischen Grenzen notwendig, um die Grundversorgung mit Wasser, Energie oder Bildung sozial gerecht zu sichern und ein Leben in Würde zu ermöglichen. Andererseits werden soziale Konflikte hervorgerufen, die die Bewältigung der ökologischen Krisen beeinflussen und erschweren.

Drittens wird deutlich, dass der Krisen- und Veränderungsmodus, ausgelöst durch die Polykrisen, nicht nach einer bestimmten Zeit vorbei ist, wie das bisherige Verständnis von Krise impliziert. Es handelt sich um eine neue

Normalität der Krisen, die besteht, solange eine gerechte und sichere Zukunft nicht gewährleistet ist. Die englische Unterscheidung zwischen *transformation* – verstanden als Prozess des fundamentalen Wandels – und *transition* – Übergang von einem in einen anderen Zustand – macht deutlich: Die Transformation ist ergebnisoffen und kann in eine wünschenswerte Zukunft führen. Das stimmt optimistisch.

Folglich zielt die sozial-ökologische Transformation im Kontext multipler Krisen darauf ab, einen «sicheren und gerechten Raum für die Menschheit» zu schaffen, in dem ein soziales Minimum sichergestellt und ein ökologisches Maximum nicht überschritten wird. Neben aller Dringlichkeit tut sich hier eine große Chance auf: Die Transformation zu einer wünschenswerten und gerechten Zukunft kann gelenkt werden – durch eine aktive Mitgestaltung, also *«by design»* statt *«by desaster»*.

Die Ziel- und Grenzwerte für eine solche Zukunft sind längst in Abkommen und Vereinbarungen festgehalten, wie den Sustainable Development Goals oder aber in dem Pariser Klimaabkommen. Letzterem haben 197 Staaten weltweit zugestimmt, aus ihm muss das verbleibende globale Emissionsbudget abgeleitet werden. Klar ist auch, dass sich die Art und Weise, wie wir produzieren, konsumieren und transportieren, wandeln muss. Das betrifft nicht nur unser Energie-, sondern auch unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wir haben kein Erkenntnisproblem. Es hapert an der Umsetzung und den Ambitionen, was die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2021 zeigt und eine Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes zur Folge hatte.

Gerade in Zeiten von akuten Krisen, wie wir sie während der Covid-19-Pandemie hatten oder wie wir sie während des aktuellen brutalen Angriffskriegs auf die Ukraine immer noch erleben, darf die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation und klimapolitischen Zielen nicht einer kurzfristigen Krisenbewältigung weichen. Eine akute Krise kann jedoch auch als Katalysator für positive Veränderungen und Beschleunigung der sozial-ökologischen Transformation dienen. Der Zusammenhalt sowie eine Politik, die zusammenhält, sind dabei entscheidend.

1. Eine Politik, die alle Fäden in Krisenzeiten zusammenhält

Krisen können dann zum Katalysator für Transformation werden, wenn es gelingt, kurzfristige Maßnahmen so zu gestalten, dass sie im Einklang mit langfristigen sozial-ökologischen Zielen stehen. Es ist entscheidend, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Krisen zusammenhängen und nicht getrennt von der übergeordneten,

sozial-ökologischen Krise betrachtet werden können. Dabei wird deutlich, dass im Kontext der sozial-ökologischen Transformation nur emissionsarme, nachhaltige Technologien, Energie und Innovation zukunftsfähig und ökonomisch wettbewerbsfähig sind. Die Covid-19-Pandemie wie auch die aktuelle geopolitische Energiekrise verdeutlichen dies.

Das primäre Ziel während der Covid-19-Pandemie war es, Menschenleben zu retten, wodurch die Wirtschaft teilweise zum Erliegen kam. Die Herausforderung lag folglich darin, die geschwächte Wirtschaft nicht nur wieder anzukurbeln, sondern krisenfest und zukunftsfähig zu machen. Unternehmen und Industrien, die die Hilfen des Konjunkturpakets für ein Umsteuern statt für ein fossiles «Weiter so» genutzt und in energieeffiziente, erneuerbare Technologien und Innovationen investiert haben, stehen in der Energiekrise besser da. Denn aktuell sind gerade die energieintensiven Industrien durch die steigenden Preise der fossilen Energien stark belastet. Energiesicherheit und Entlastung der Haushalte und Wirtschaft stehen zu Recht im Vordergrund der Politik. Damit Industrie und Wirtschaft langfristig von fossiler Energie unabhängig werden und von der preissenkenden Wirkung der erneuerbaren Energien profitieren können, muss die Energiewende beschleunigt werden.

Die Politik sollte Anreize für Investitionen ins Energiesparen und in transformationsdienliche Innovationen setzen. Unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele und des

verbleibenden Emissionsbudgets wird deutlich: Eine Verlängerung der Atom- und Kohleenergienutzung sowie überdimensionierte Flüssiggas-Infrastruktur können langfristig weder helfen, fossile Abhängigkeiten zu reduzieren, noch die Wirtschaft zukunftssicher und krisenfest aufzustellen. Eine gute Energiepolitik ist daher auch eine gute Wirtschafts- und Industriepolitik und unterstützt bei der Krisenbewältigung und der sozial-ökologischen Transformation.

2. Eine Politik, die die Gesellschaft zusammenhält

Da die sozial-ökologische Transformation die Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes betrifft und soziale Auswirkungen hat, kann sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Solidarität und eine Politik, die die Gesellschaft zusammenhält, sind zentral für das Gelingen der Transformation, eine akute Krisenbewältigung und funktionsfähige Politik. Zusammenhalt trägt in Krisen- und Transformationszeiten dazu bei, dass Menschen miteinander statt gegeneinander an Lösungen und Visionen für eine wünschenswerte Zukunft arbeiten.

Die sozial-ökologische Krise, insbesondere die Klimakrise, geht mit starker Ungleichheit und Ungerechtigkeit einher. Die Ungerechtigkeit besteht darin, dass Länder und Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben, am stärksten von ihren Auswirkungen betroffen sind

und gleichzeitig die wenigsten Mittel haben, sie zu bewältigen. Hinzu kommt die soziale Ungleichheit, die laut des jüngsten UNDESA World Social Reports weltweit um 70 Prozent im Vergleich zu der Zeit vor der Covid-19-Pandemie gestiegen ist. Dieser Trend ist auch in Deutschland zu beobachten und wird durch die Covid-19-Pandemie und Energiekrise weiter verstärkt. Haushalte mussten wegen Kurzarbeit auf Einkommen verzichten und leiden nun unter steigenden Energiepreisen und der Inflation, die durch einen geringeren Lohnanstieg nicht ausreichend kompensiert wird.

Folglich werden viele Bürger:innen auch in diesem Jahr mit weniger Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand auskommen müssen. Menschen mit geringem Einkommen, die ohnehin sozial benachteiligt sind, sind stärker von den Folgen der Covid-19- und Energiekrise betroffen, da sie einen großen Anteil ihrer Einkommen für Energie und Lebensmittel ausgeben müssen. Zudem wohnen sie meistens in nicht gut isolierten Wohnungen, was mit einem höheren Energiebedarf einhergeht. In solchen Krisenzeiten kann Zusammenhalt helfen, negative Auswirkungen abzufedern. Nachbarschaftshilfe und Spenden sind Beispiele gelebter Solidarität und gegenseitiger Unterstützung in Krisenzeiten.

Fehlender Zusammenhalt und zunehmende soziale Ungleichheit können zu gesellschaftlicher Polarisierung und sinkender Akzeptanz für politische Maßnahmen führen und die für die Krisenbewältigung und Transformation benötigten politischen Entscheidungsprozesse erschweren. Krisenpolitik sollte daher nicht nur gute Energie-, Klima-, Industrie- und Wirtschaftspolitik, sondern auch gute Sozialpolitik sein und Teilhabe an der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation fördern.

Claudia Kemfert leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität Lüneburg. Sie wurde 2016 in den Sachverständigenrat für Umweltfragen berufen und ist im Präsidium der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome.

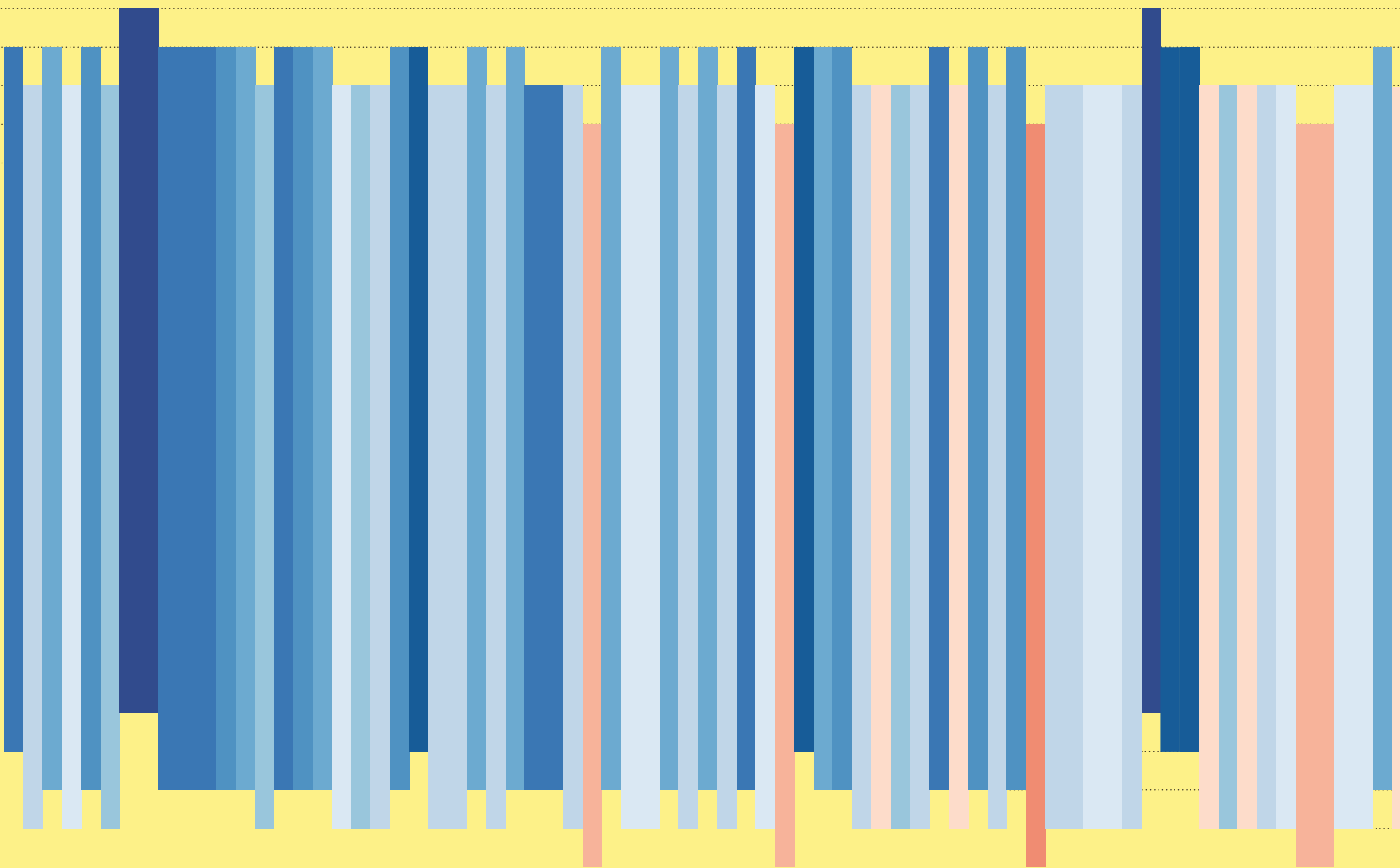
Franziska Hoffart ist Postdoc-Wissenschaftlerin am Centrum für Umweltmanagement, Ressourcen und Energie (CURE) an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Sachverständigenrat für Umweltfragen.



6

STOPP «auf dem Highway in die Klimahölle»

Dossier: Hanna Gersmann



Nicht nur das Klima erhitzt sich gefährlich, der Mensch zerstört auch die Natur und damit seine eigenen Lebensgrundlagen. Zugleich werden Rohstoffe rar und Energie teuer. Die steigenden Preise belasten Verbraucherinnen und Verbraucher, Populisten gewinnen an Zulauf. Die Menschheit steckt in einer existenziellen Krise, ihre Welt steht mehrfach unter Druck.

Umwelt und Mensch unter Druck

Gefährliche Erhitzung des Klimas

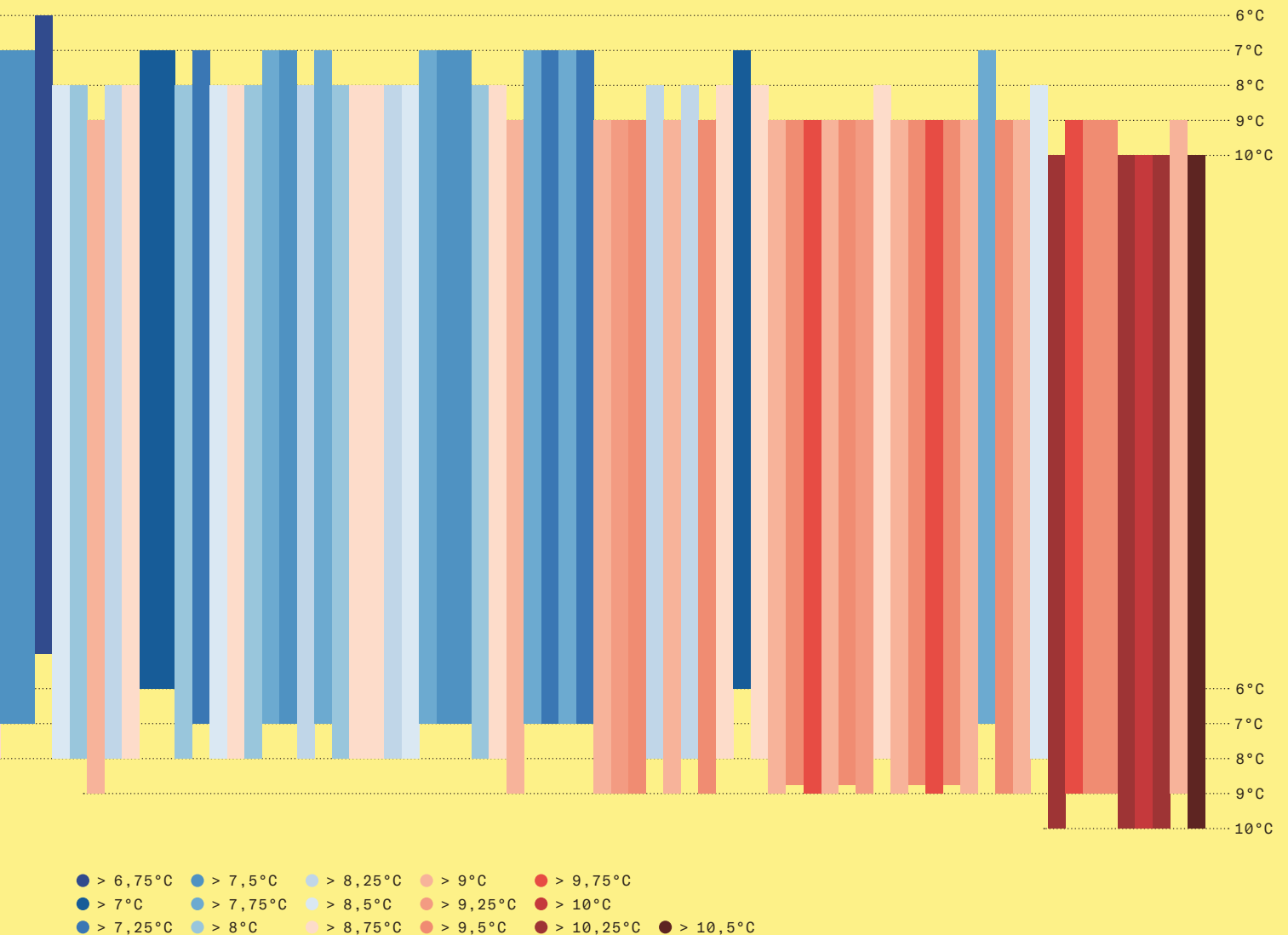
Mindestens 15.000 Menschen sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahr 2022 aufgrund von Hitze in Europa vorzeitig gestorben, davon 4.500 in Deutschland mit seinen Temperaturen von teils mehr als 40 Grad. Europa erlebte - das zeigen Daten des europäischen Klimawandeldienstes Copernicus - den heißesten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Die Klimaerhitzung macht sich gefährlich bemerkbar, weltweit.

Beispiel Pakistan

Besonders extrem traf es im Jahr 2022 Pakistan: Im Frühjahr litten die Menschen dort zunächst unter einer lang anhaltenden und brutalen Hitze. Am 14. Mai wurden in Jacobabad 51 Grad Celsius gemessen. Ernten fielen aus. Wälder brannten. Dann, im Sommer, folgten extreme Monsunregen, Wohnhäuser wurden zerstört, Straßen und Brücken weggerissen, Acker weggespült. Zeitweise stand ein Drittel des Landes unter Wasser, 33 Millionen Menschen waren betroffen, mehr als 1.700 Menschen starben, 13.000 wurden verletzt, acht Millionen mussten ihre Städte und Dörfer verlassen. Die Weltbank beziffert die Höhe der entstandenen Schäden auf mehr als 30 Milliarden US-Dollar. Und am Horn von Afrika blieb im Herbst wieder der Regen aus, zum fünften Mal in Folge, die Menschen in Kenia, Somalia und Äthiopien sind von Hunger bedroht.

Wetterextreme auch in Deutschland

Mit dem Klimawandel werden Wetterextreme wahrscheinlicher. Das zeigen die Forschenden der World Weather Attribution (WWA). Ein Ergebnis ihrer Modellrechnungen: Die extremen Regenfälle in den pakistanischen Provinzen Sindh und Balochistan waren ►



Mittlere Lufttemperatur in Deutschland von 1881 bis 2023

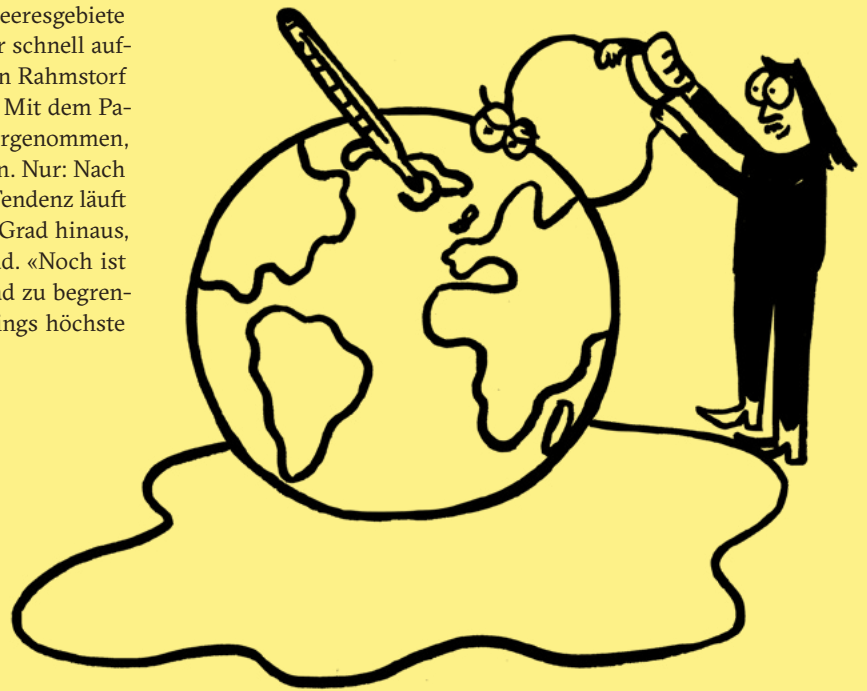
Quelle: Energy-Charts.info - letztes Update: 02/01/2023 17:53 UTC+1

75 Prozent intensiver, als sie es ohne die globale Erwärmung gewesen wären. Ein anderes Ergebnis: Der Klimawandel hat die extreme Trockenheit im Jahr 2022 in Deutschland und anderswo 20-mal wahrscheinlicher gemacht. Es war nicht nur heiß, es fiel auch wenig Regen.

Im Rhein tauchte plötzlich das Wrack des vor fast 130 Jahren gesunkenen Frachtschiffs «De Hopp» auf. Der Schiffsverkehr: eingeschränkt. Das Wasser war so flach, dass Frachter teils nur noch einen Bruchteil ihrer Ladung transportieren konnten. Sie wären sonst auf Grund gelaufen. Feuer fraßen sich durch ausgedörrte Wälder. Böden trockneten mancherorts aus - das zeigen die Deutschlandkarten des Dürremonitors vom Helmholtzzentrum für Umweltforschung, (UFZ).

2,4 Grad wärmer

«Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal», sagt UN-Chef António Guterres. In Deutschland ist die Temperatur bereits um 2,3 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau gestiegen. Das ist mehr als im globalen Durchschnitt, der liegt bei 1,2 Grad. «Landgebiete erwärmen sich etwa doppelt so schnell wie der globale Schnitt, bei dem auch die Meeresgebiete einbezogen sind, über denen sich die Luft aber weniger schnell aufheizt», erklärt der Klimaforscher und Ozeanograf Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Menschheit 2015 vorgenommen, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Nur: Nach derzeitigem Trend schafft sie das nicht. Die weltweite Tendenz läuft bisher, so schätzen Expertinnen und Experten, auf 2,4 Grad hinaus, im Schnitt. Für Deutschland bedeutet das: etwa 5 Grad. «Noch ist es aber möglich, die Erderwärmung auf nahezu 1,5 Grad zu begrenzen», sagt Rahmstorf, «Klimaschutz muss dafür allerdings höchste Priorität bekommen.»



Natur und Mensch unter Druck

Je grüner, desto artenreicher

Die Menschheit treibt nicht nur die Erderwärmung voran, weil sie zu viel des klimaschädlichen Kohlendioxids in die Atmosphäre ausstößt. Sie zerstört auch die Natur. Dabei hängt sie von intakten Ökosystemen ab, in denen zum Beispiel Nutzpflanzen von Bienen, Schmetterlingen und Schwebfliegen bestäubt werden. Der Weltbiodiversitätsrat IPBES schätzt den Wert der Bestäubung auf weltweit 235 bis 577 Milliarden US-Dollar – jährlich. Doch hat der Mensch seit 1970 zum Beispiel durchschnittlich 69 Prozent aller bekannten Populationen von Säugetieren, Vögeln, Fischen, Amphibien und Reptilien vernichtet. Das zeigt der Living Planet

Report, den der Umweltverband WWF veröffentlicht. Ihre Lebensräume werden genutzt, gerodet, zerstört, Umweltverschmutzung und Klimawandel setzen ihnen zu. Miles Richardson, der als Professor an der Universität von Derby in Großbritannien zu Humanfaktoren und Naturverbundenheit forscht, hat die Biodiversity-Stripes entworfen – je grüner, desto artenreicher, je grauer, desto artenärmer. Im Dezember 2022 hat sich die Weltgemeinschaft auf ein UN-Biodiversitätsabkommen geeinigt: Sie will den Trend zu grau stoppen.

<https://biodiversitystripes.info>
<https://findingnature.org.uk/2022/08/10/biodiversity-stripes/>

Boden gutmachen

Jedes Jahr verliert die Welt eine Fläche mit fruchtbaren Böden von der Größe Bulgariens. «Gut 700 Millionen Menschen könnten in den nächsten 30 Jahren zur Flucht gezwungen sein, wenn die Landdegradierung im selben Maße wie bislang voranschreitet», warnte schon vor längerem Ibrahim Thiaw, Exekutivsekretär des Sekretariates des Übereinkommens der UN zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD). Die Vernichtung der Böden koste täglich rund 1,3 Milliarden US-Dollar – fast eine halbe Billion US-Dollar im Jahr. Deutschland will den Flächenverbrauch bis 2030 auf maximal 30 Hektar pro Tag verringern. Derzeit liegt er bei 54 Hektar.

Haushalte unter Druck

Die Zahl: Inflationsrate 2022, 7,9 Prozent. Es ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich immer weniger für ihr Geld leisten. Schon die Corona-Krise, brüchige globale Lieferketten und schlechte Ernten hatten zu einer Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots geführt und Preise steigen lassen. Dann kam der 24. Februar 2022, Russland griff die Ukraine an. Die Europäische Union und andere internationale Organisationen verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Die Preise: Sie explodierten. Das belastet Ärmere besonders.

Geld verbrennt

Ein Viertel aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind von sogenannter Energiearmut bedroht, sie geben also mehr als zehn Prozent ihrer Einkommen für Heizen, Strom und Warmwasser aus. Im Jahr 2021 waren es noch 14,5 Prozent. Das rechnete das Institut der Deutschen Wirtschaft im Mai 2022 vor. Seit 2020 waren laut Statistischem Bundesamt die Energiepreise drastisch gestiegen – Strom um 23 Prozent, Erdgas um 40 Prozent, Heizöl um 100 Prozent. Die staatlichen Entlastungspakete gab es da noch nicht. Später versprach Bundeskanzler Olaf Scholz: «You' ll never walk alone», kein Mensch solle mit den Energiekosten und der Inflation allein gelassen werden. Seither hat die Bundesregierung unter anderem Wohn- und Bürgergeld reformiert sowie Strom- und Gaspreisbremsen aufgesetzt. Doch erst Effizienzprogramme und der Ausbau von erneuerbaren Energien, die in Zukunft günstiger sein werden als konventionelle, versprechen dauerhafte Entspannung.

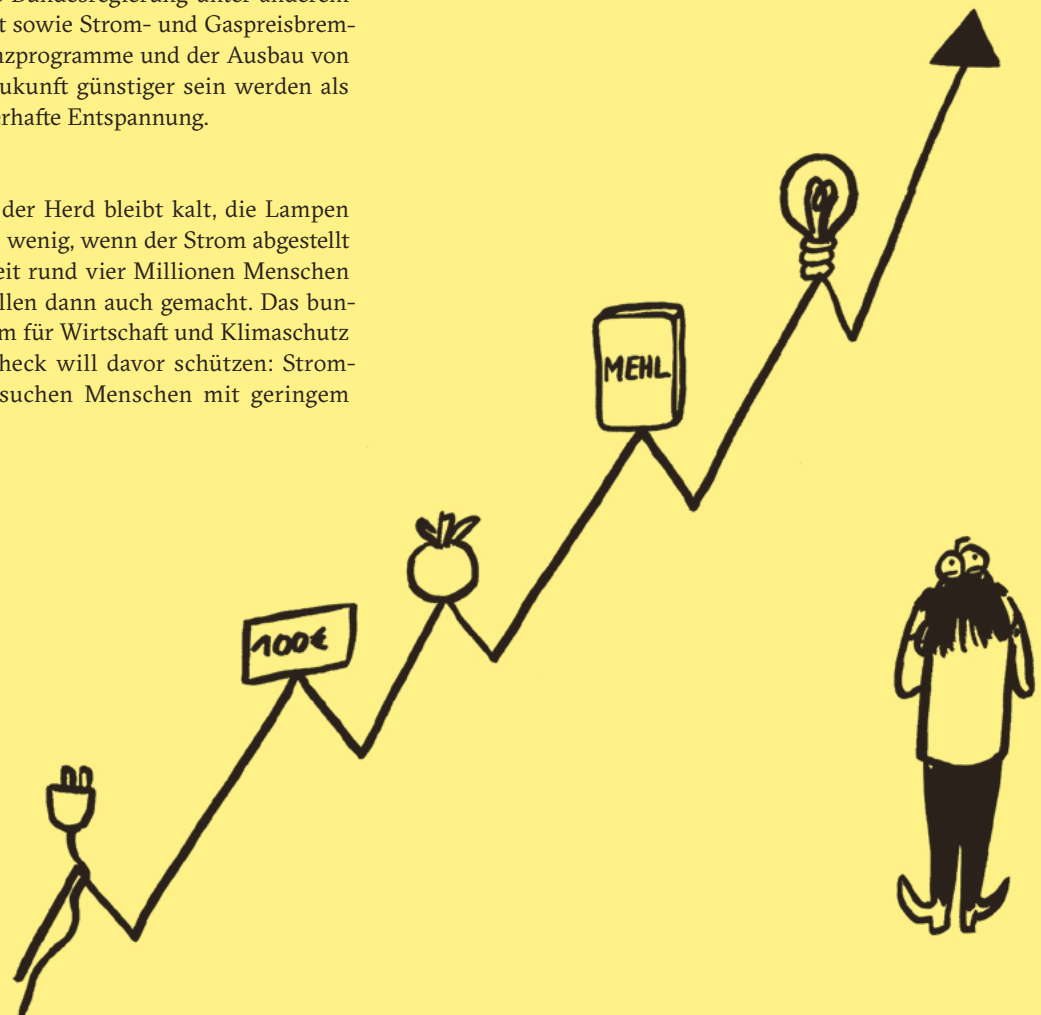
Die im Dunkeln sitzen

Der Kühlschrank erwärmt sich, der Herd bleibt kalt, die Lampen brennen nicht – es geht nur noch wenig, wenn der Strom abgestellt wird. 2021 wurde das bundesweit rund vier Millionen Menschen angedroht, in knapp 235.000 Fällen dann auch gemacht. Das bundesweite, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Projekt Stromspar-Check will davor schützen: Stromsparhelferinnen und -helfer besuchen Menschen mit geringem

Einkommen in ihren Wohnungen, wenn sie um Hilfe gebeten werden. Sie beraten vor Ort, wo sich Energie sparen lässt, etwa bei der Beleuchtung, den Kühlschränken und anderen Haushaltsgeräten oder auch beim Heizen. Weil die beste Energie die ist, die nicht verbraucht wird. 2022 hatten sie außergewöhnlich viel zu tun. «Unsere Leute kommen kaum hinterher, die Wartelisten sind lang», sagt Arne Janz vom Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands. Er betreibt das Projekt, das den Energieverbrauch drosseln soll, gemeinsam mit dem Deutschen Caritasverband. Es ist gefragt denn je.

Krisenprodukt: Weizen

Die Ukraine war weltweit der viertgrößte Exporteur von Getreide. Doch dann schlugen russische Raketen auf den Feldern, in Getreidespeichern ein, Transportwege und Hafenanlagen wurden zerstört. Das Land konnte die Welt nicht mehr beliefern. So fehlt unter anderem: Weizen. Im Zuge des Krieges stiegen die Preise, auch für andere Nahrungsmittel, die wegen der Pandemie und klimawandelbedingten Ernteaussfällen ohnehin schon hoch waren. Das zeigt der Lebensmittelpreisindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Bedroht: Die Versorgung vor allem in den ärmsten Ländern. Laut UN sind bis zu 828 Millionen Menschen chronisch unterernährt, heißt: etwa jeder zehnte Mensch. Mittlerweile liefert die Ukraine zwar wieder. Das Ernährungssystem muss trotzdem sicherer werden.



Wirtschaft unter Druck

Plötzlich Mangelwirtschaft

Acht bis neun Prozent der gesamten deutschen Warenimporte und -exporte gehen durch den Suezkanal. Das gibt das Kieler Institut für Weltwirtschaft an. Als im März 2021 das Containerschiff «Eher Given» dort feststeckte, stand weltweite Fracht im Stau. Regale in Supermärkten und Discountern blieben leer. Zuvor hatte schon das Corona-Virus Fabriken stillgelegt – Computerchips, Ersatzteile für Fahrräder, Stahlbeton, alles Mögliche wurde plötzlich Mangelware. Dann kam der Krieg in der Ukraine. Abgesehen davon heizt sich nun auch noch im Pazifik ein seit Langem ungelöster Konflikt auf: Was, wenn China Taiwan angreift, weil es den demokratischen Inselstaat als Teil der Volksrepublik ansieht? Lange Zeit waren es die günstigen Arbeitskosten, die entschieden, wie produziert und zugekauft wird. Doch nun sind selbst Medikamente knapp. Gefragt ist ein Gegenmodell. «Resilienz», «Autonomie», «Souveränität» werden neue Schlagworte.

Nicht nur Lithium kritisch

2020 waren es noch 14, seit 2022 stuft die EU nun 30 Rohstoffe als «kritisch» ein, also wirtschaftlich wichtig, aber mit hohem Versorgungsrisiko. Darunter Lithium, zentral für Batterien, aber auch andere Rohstoffe, die für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft wichtig sind. Die EU-Kommission prognostiziert: Europa wird 2050 gut 60-mal so viel Lithium wie heute benötigen. Die deutsche Regierung plant – wie die EU-Kommission –, wenn möglich, bei solchen Rohstoffen auch in den heimischen Bergbau einzusteigen.

Eigene Solarindustrie wiederbeleben

China dominiert den Photovoltaik-Markt: Dort werden 80 Prozent aller Solarpaneele produziert. Die Volksrepublik hat in den vergangenen Jahren mehr als 50 Milliarden US-Dollar in entsprechende Fabriken investiert – zehn Mal so viel wie Europa. Das rechnet die Internationale Energieagentur (IEA) vor. Deutschland ist derzeit auf Lieferanten in China angewiesen – und in Erklärungsnot. In den Solarzellen steckt Polysilizium, das zu einem großen Teil aus der Region Xinjiang kommt. China bestreitet es, doch es heißt immer wieder, dass in den Fabriken uigurische Zwangsarbeiter ausgebeutet werden. Das Lieferkettengesetz soll seit Anfang 2023 sicherstellen, dass grundlegende Menschenrechte besser geschützt werden und deutsche Unternehmen, die Rohstoffe, Komponenten oder Produkte von ausländischen Zulieferern beziehen, genau hinsehen, wie gearbeitet wird. Geschäfte, die mit Zwangsarbeit in der Provinz im Nordwesten Chinas verbunden sind, müssten die Unternehmen spätestens jetzt zurückfahren. China will laut dem Fachdienst China.Table wegen der Debatten nun zwar offenbar auch eine Lieferkette aufbauen, die ohne Polysilizium aus Xinjiang auskommt. Die Abhängigkeit von China aber bleibe. Die eigene, einst große Solarindustrie in Deutschland und Europa wiederzubeleben und diese mit Rohstoffen auch aus anderen Weltregionen zu versorgen, kann eine Alternative sein.





Demokratie unter Druck

«Sie schüren Angst» – Die Direktorin des German Institute of Development and Sustainability, Anna-Katharina Hornidge, über den Aufstieg der Autokratien

Jair Bolsonaro, der bis Ende 2022 in Brasilien Präsident war, hat den Regenwald abgeholzt, der im Kampf gegen die Erderhitzung wichtig ist. Wie stark gefährden Rechtspopulisten die Transformation?

Seit Jahren stellen wir schon eine Polarisierung fest, in Hoch-, Mittel- und in Niedrigeinkommensländern in Europa, in Lateinamerika, in Asien, in Afrika, auf allen Kontinenten. Vor allem in einigen reichen Ländern gibt es sehr sichtbare Akteure, die das vorantreiben, wie Donald Trump in den USA. Immer ist es eine Elite, die klar auf Angst setzt, diese etwa mit Verweis auf Migrationsströme schürt. Das kommt an, weil die soziale Ungleichheit groß ist, viele Menschen Ungerechtigkeit empfinden. Und offenbar gibt es ein gegenseitiges Lernen. Als Anhänger des abgewählten Bolsonaro die Regierungsgebäude in

Brasilia stürmten, glich das dem Sturm des Trump-Teams auf das Kapitol in den USA. Am Ende wird die Welt unsicherer. **Unsicherer?**

Demokratien führen keine Kriege miteinander, in der Regel führen sie die Kriege mit Autokratien. Autokratien sind anfälliger, zu den Waffen zu greifen. Und die Polarisierung geht einher mit Prozessen der Autokratisierung. Der Varieties-of-Democracy-Index der Universität Göteborg zeigt, dass mittlerweile 70 Prozent der Bevölkerung weltweit in Autokratien leben. Das muss uns Sorgen machen.

Da sind Länder wie China, ohne die eine Klimawende nicht klappen wird. Kann man mit Autokraten kooperieren?

Dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden, darf man, dürfen wir nicht ignorieren. Aber in den Ländern

gibt es viele Menschen, die es verdient haben, dass wir mit ihnen zusammenarbeiten: zivilgesellschaftliche Gruppen, Forschende, religiöse Organisationen. Wer Demokratieschutz, besser: Antipolarisierungsschutz will, muss aber grundsätzlicher ran und Umverteilungsmechanismen in den Bereichen Bildung, soziale Absicherung und Gesundheit schaffen.

Mehr dazu:

<https://www.idos-research.de/forschung/transformation-politischer-unordnung/demokratische-transformation-und-werte/>

«Die richtigen Ideen für eine klimagerechte Zukunft sind schon da. Lasst sie uns gemeinsam umsetzen!»



Regionale Traditionen integrieren, gesellschaftliche Vielfalt mitdenken

In allen Teilen der Welt führen uns die dramatischen Folgen der Klimakrise immer deutlicher vor Augen, dass Klimaschutz die zentrale soziale Frage unserer Zeit ist. Die Betroffenen von Dürren, Überschwemmungen oder extremer Kälte sind überwiegend die Schwächsten der Gesellschaft, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens nichts oder nur sehr wenig zur Klimaerhitzung beigetragen haben. Es genügt daher nicht, allein von ökologischen Kipppunkten zu sprechen. Als Gesellschaft muss uns klar sein, dass unzureichender oder zu langsamer Klimaschutz unweigerlich mit extremen sozialen Verwerfungen einhergehen wird.

Dennoch werden Klimaschutz und soziale Sicherheit im politischen und öffentlichen Diskurs häufig als Gegensatz dargestellt, um ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen auszubremsen. Der Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft erfordert tiefgreifende Veränderungen und wird nur dann gelingen, wenn wir das Verständnis von Klimaschutz als soziale Frage schärfen und sozial-ökologische Lösungen entwickeln. Dafür sind erstens gesamtgesellschaftliche Zukunftsbilder notwendig, die ökologische und soziale Gerechtigkeitsperspektiven zusammenführen. Zweitens muss die Ausgestaltung von Klimapolitik auf einem sozial-ökologischen Politikverständnis aufbauen. Klimaschutzmaßnahmen werden in Politik und Gesellschaft zunehmend im Kontext von sozialer Ungleichheit, demografischem Wandel, wirtschaftlicher Prosperität oder Energiesicherheit verhandelt. Dies setzt eine Klimapolitik voraus, die sozial gerecht ausgestaltet ist und bestehende soziale Ungleichheiten sowie Gerechtigkeitslücken berücksichtigt. Drittens wird es den verheerenden sozialen Folgen der Klimakrise nicht gerecht, wenn

bestehende sozialpolitische Versäumnisse bemüht oder politisch instrumentalisiert werden, um ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen aufzuschieben oder zu blockieren. Vielmehr verlangt die Klimakrise eine vorausschauende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die den Sozialstaat entlang der Klimarisiken neu ausrichtet und resilient ausgestaltet.

Ein wichtiger Treiber für sozial-ökologische Politikansätze sind Kooperationen zwischen Umwelt- und Sozialverbänden, Entwicklungsorganisationen, Kirchen, Jugendverbänden, Gewerkschaften und Kultureinrichtungen. Diese zivilgesellschaftlichen Allianzen entwickeln sozial-ökologische Baupläne für eine klimaneutrale und sozial gerechte Zukunft. So lassen sich gesellschaftliche Zielkonflikte abbauen und politische Blockaden auflösen. Gleichzeitig bieten sozial-ökologische Allianzen die Chance, die gesellschaftliche Akzeptanz der notwendigen Dekarbonisierung auch in der Fläche voranzutreiben und positive Leitbilder einer klimagerechten Welt in den Kommunen zu entwerfen. Neben Politik, Ökonomie und Wissenschaft können diese Bündnisse auch kulturelle Aspekte berücksichtigen. Denn mit CO₂-Bepreisung oder Elektromobilität allein ist es nicht getan. Wer die Transformation gestalten will, muss auch mit Wertekonflikten umgehen, regionale Traditionen integrieren, gesellschaftliche Vielfalt mitdenken und Partizipationsmöglichkeiten ausbauen. Denn die Klimakrise können wir nur gemeinsam lösen.

Dr. Christiane Averbek ist Geschäftsführende Vorständin der Klima-Allianz Deutschland.

«Wir bauen keine Kameras ein, um das Duschen zu überprüfen.»

Wie geht es voran? Franziska Brantner, Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschafts- und Klimaministerium, über den Plan für die sozial-ökologische Transformation, die Erfahrungen der ersten Regierungsphase und ihr Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger



Was lief gut im ersten Regierungsjahr 2022, Frau Staatssekretärin?

Franziska Brantner: Viel! Auch wenn ‚gut‘ in Zeiten des russischen Angriffskrieges natürlich nicht richtig passt. Aber wir haben entschlossen agiert und viel umgesetzt.

Ja?

Ende Februar im zurückliegenden Jahr hatte ich keine gute Vorstellung davon, wo wir heute stehen würden. Wir haben es geschafft, uns aus der Abhängigkeit des russischen Gases zu lösen, die Energieversorgung zu sichern, die Gasspeicher zu füllen, viele Milliarden Euro für die Stabilisierung der Wirtschaft und der Energiepreise bereitzustellen. Wir haben entgegen mancher Schreckensszenarien die Krise beherrschbar gemacht. Gleichzeitig haben wir die Weichen für die Zukunft gestellt: die Erneuerbaren und wasserstofffähige Infrastruktur vorangebracht, unsere Handelspolitik neu ausgerichtet und uns der Welt zugewandt, um Abhängigkeiten zu reduzieren.

Ich habe mit der Klimapolitik-Aktivistin Luisa Neubauer gesprochen, und die sieht eine dramatische Refossilisierung, die 2022 vom Wirtschafts- und Klimaministerium vorangetrieben worden sei.

Richtig ist, dass wir bei den erneuerbaren Energien natürlich noch viel schneller und besser werden müssen. Und die ausgeweitete Nutzung der Kohle gehört auf jeden Fall zu den Dingen, die keinem von uns gefallen haben. Das steht außer Frage. Aber um diesen Winter zu bestehen, bevor das LNG (Liquefied Natural Gas – verflüssigtes Erdgas, Anm. d. Redaktion) ankommt, mussten wir auch wieder mehr Kohle verstromen, leider. Gleichzeitig haben wir den vorzeitigen Kohleausstieg von 2038 auf 2030 im Westen verhandelt – das hätte es ohne uns Grüne nicht gegeben.

Im Braunkohleort Lützerath wurde im Januar ein Protest-Klassiker aufgeführt: Aktivisten und auch Grüne im trutzigen Widerstand gegen den Staat und die grüne Landes- und Bundesregierung. Wie beurteilen Sie das als Mitglied der Regierung?



Mit Lützerath ist der Braunkohletagebau im Rheinischen Revier vorbei, den Ausstieg konnten wir vorziehen, Millionen Tonnen Kohle bleiben im Boden und fünf Ortschaften und Höfe für mehrere Hundert Bewohner erhalten. Aber klar müssen wir beim Klimaschutz vorankommen. Deswegen kann ich die Beweggründe für die Proteste, solange sie friedlich sind, verstehen. Wir streiten beide für Klimaschutz, aber haben unterschiedliche Rollen.

Wozu die Grünen, war der übliche Vorwurf, wenn sie den Kohleabbau intensivieren?

Jede Regierung hätte angesichts der ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland Kohleverstromung genutzt. Aber nur die Grünen haben gleichzeitig den Kohleausstieg dadurch vorgezogen und massiv den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigt. Zurückblickend denkt man da aber natürlich: Warum haben wir es nicht früher geschafft, ein Teil der Bundesregierung zu sein?

Das ist eine interessante Frage, aber die hilft bei der Transformation jetzt nicht weiter.

Ja, aber Herr Unfried: Wenn wir darüber reden, was für unschöne Entscheidungen wir treffen mussten, dann gehört auch dazu, dass wir die ausgebremste Energiewende und die fossile Abhängigkeit leider so vorgefunden haben.

Das ist so, aber es ist eben auch «hätte, hätte Fahrradkette».

Wir müssen uns damit befassen, warum wir es 16 Jahre lang trotz Klimakrise nicht in die Bundesregierung geschafft haben, um daraus zu lernen und es in Zukunft besser zu machen. Gerade, wenn man bereit ist, Verantwortung für die Menschen in diesem Land zu übernehmen.

Ein zentrales Problem scheint mir folgendes zu sein: Es ist schnell gesagt, wir machen beides – Sicherheit und Fortschritt,

Gegenwartssozialpolitik und Transformation. Aber geht wirklich beides nebeneinander?

Meine Überzeugung ist: Das geht und es muss gehen. Wir können das Gas leider noch nicht durch grünen Wasserstoff ersetzen, trotzdem stellen wir jetzt die Weichen für Klimaneutralität bis spätestens 2045. Die neue LNG-Infrastruktur wird auch auf grünen Wasserstoff umrüstbar sein. Der Ausbau der Erneuerbaren ist zwar auch eine Frage von Investitionen, aber gerade bei der Windenergie müssen mehr Flächen bereitgestellt werden. Wir bringen den Netzausbau und die Einführung von Smart Metern, also intelligenten Messsystemen, voran, um die Netze noch stärker auf die Erneuerbaren auszurichten. Und wir beschleunigen die Verfahren für die Netze.

Wie kriegen Sie Netzausbau und Planungsverfahren beschleunigt?

Das ist vor allem eine politische Frage, die viele Menschen in Tausenden Kommunen Deutschlands entscheiden. Es geht auch um Bürgerbeteiligung: Wie nehmen wir alle vor Ort mit? Ich kenne das aus Baden-Württemberg gut genug und weiß, wie herausfordernd es ist.

Ein besonders schöner Illusionismus scheint mir auch: Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger besser beteiligen, dann geht es auch schneller.

Es kommt darauf an, wie man sie beteiligt. Ich bin von der baden-württembergischen Gisela-Erler-Perspektive überzeugt. Sie hat als Staatsrätin für Bürgerbeteiligung die Politik des Gehörtwerdens vorangebracht mit der Einbindung zufällig ausgewählter, die Breite der Bevölkerung abbildender Bürgerinnen und Bürger.



« Wir brauchen eine liberale Perspektive, eine ökologische, eine sozialdemokratische. Die Zukunft der Politik besteht darin, das zusammenzubekommen. »

Da sagt der Kretschmann-Kritiker sofort: Es gibt kaum Windradzubau in Baden-Württemberg.

Das liegt nicht an der Bürgerbeteiligung. Es gab die Schwierigkeiten mit den Bundesregeln und der fehlenden Flächenverfügbarkeit. Diese Fesseln haben wir gelöst, das Tal ist durchschritten. In Baden-Württemberg wurde deutlich, dass eine gute Bürgerbeteiligung herausfordernde Fragen etwa zu psychiatrischen Kliniken, Gefängnissen und so weiter erfolgreich lösen kann. Bürgerbeteiligung bedeutet eben nicht, dass die bestimmen, die am lautesten schreien.

Wie läuft das genau?

Das sind moderierte Prozesse der Beteiligung.

Dauert aber auch seine Zeit.

Das ist schneller, als es am Ende vor dem Oberlandesgericht auszuhandeln.

Aber Sie wollen nicht behaupten, dass nun in Rekordmengen und Rekordzeit Windräder aufgestellt werden?

Jetzt gehen die Ausschreibungen raus, dann die Projektierungen und so weiter. Natürlich stehen die geplanten Windräder noch nicht alle 2023, aber vor allem 2024 und 2025 werden viele dazukommen. Es wird voraussichtlich nicht mehr fünf Jahre oder länger dauern.

Sondern?

Zielvorgabe sind 18 Monate.

Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, wie verletzlich unsere soziale Marktwirtschaft ist. Wie abhängig von Wachstum und - als dessen bisherige Voraussetzung - von billigem Öl und Gas. Steigen die fossilen Preise, ist für viele Leute und Betriebe alles zu Ende. Was sind konkrete Schritte, um diese Abhängigkeit zu vermeiden? LNG stützt ja beispielsweise im Moment viele Sektoren, die so nicht weiter wirtschaften können.

Die Dekarbonisierung der Industrie geht voran und wird an Tempo gewinnen. Deswegen haben wir die Gas- und Strompreisbremse so ausgestaltet, dass es Spar- und Umstellungsanreize gibt. Gleichzeitig unterstützen wir Innovationen und den Markthochlauf grüner Technologien.

Um die Kollateralfolgen der Transformation abzufedern, wird Sozialpolitik ausgebaut. Das ist notwendig, aber es wird mit einem ängstlichen Sprechen verknüpft, das eine sozial-ökologische Zukunft als unfassbare Zumutung in der Gegenwart erscheinen lässt. Und so haut man schnell einen Tankrabatt raus, damit das Motzen aufhört.

Wenn wir diese Transformation gestalten wollen, müssen wir die Menschen mitnehmen. Wir wollen, dass sie Teil dieses wunderbaren Projektes sind und befähigt werden, an erneuertem Wohlstand teilzuhaben. Dafür haben wir etwa das Bürgergeld mit Weiterbildungsmaßnahmen eingeführt und bringen ein Weiterbildungsgesetz voran.

In meinem Umfeld sagten Leute gern: «Also, ich hätte die 300 Euro Energiepauschale ja nicht gebraucht!» Aber natürlich haben sie sie genommen.

Ja, kaum einer, der sie nicht gebraucht hätte, hat sie gespendet, das wäre auch eine gute Option gewesen. Wir unterstützen etwa mit der Ausweitung des Wohngeldes diejenigen, die besonders von steigenden Energiekosten betroffen sind. Klar ist trotzdem: Es gibt bislang nicht die Datengrundlage und die Instrumente, um bei den Entlastungspaketen gezielter unterstützen zu können. Daran arbeiten wir jetzt.

Worauf ich grundsätzlich hinaus will: Die Kanzlerpartei SPD hat ein sozialdemokratisches Jahrzehnt angedroht. Das bedeutet doch eine Politik und eine sozialdemokratische Kultur, die per definitionem nicht transformationsfähig ist – weil sie die Potenziale der Gesellschaft weder fordert noch fördert.

Das bedeutet, dass wir Grüne bei der nächsten Wahl stärkste Partei werden sollten. Das Gute an einer Koalition ist, dass jede Partei ihre Sichtweisen einbringen kann. Wir setzen auf Innovation und wissen, dass dafür viel Freiheit nötig ist. Andererseits verlangt die aktuelle Krisensituation der Gesellschaft viel ab. Wir müssen die soziale Sicherheit schaffen, damit diese Freiheit für alle gilt und nicht nur für wenige. Und dann ist die Frage natürlich auch immer: Machen wir das national oder europäisch? Wie kann der gesamten EU eine faire Transformation ermöglicht werden und welche Anforderungen stellt das an uns? Nicht nur wir sollten uns das leisten können.

Ihr großer europäischer Traum scheint mir ausgeträumt, Frau Brantner.

Nein, im Gegenteil. Die EU ist durch den Ukraine-Krieg und die Energiekrise stärker und geeinter geworden.

Sie seufzen aber ganz schön.

Es ist doch positiv zu sehen, wie die osteuropäischen Länder gerade ihre Rolle in Europa neu definieren. Mit einem anderen Selbstbewusstsein in ihrem Agieren, einem stärkeren Engagement für das Gemeinsame.

Um es mal hart zu sagen: Das verdanken wir Putin.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist immer noch unfassbar und verursacht jeden Tag unermessliches Leid. Europa und auch die G7 haben gezeigt, dass sie sich geschlossen und konsequent gegen diesen Krieg stellen. Der Krieg hat eine neue Dynamik in der EU ausgelöst. Erinnern Sie sich an die Blockade der Visegrád-Staaten? Orban ist isoliert mit der Nähe zu Putin. Auch Slowenien ist wieder auf einem anderen Pfad. Es sind nicht mehr nur die gleichen Länder, die gehört werden. Da hat sich einiges bewegt. Meine Sorge ist eher, ob wir Deutsche das genügend wahrnehmen und etwas daraus machen.

Beides nicht zu tun, ist ein klassischer Vorwurf, gerade der Osteuropäer.

Ich bin viel im Baltikum und habe den Eindruck gewonnen, es wäre ein Fehler, wenn wir es jetzt nicht schaffen, die neuen Dynamiken dieser Länder in der EU zu unterstützen. Aber ich bin optimistischer als Sie. Mein Punkt ist, dass wir Deutsche oft nicht wertschätzen, wie viel Solidarität uns in dieser Krise entgegengebracht wird, obwohl wir jahrelang vor den Abhängigkeiten von Russland gewarnt wurden.

Wo konkretisiert sich diese Solidarität?

Zum Beispiel in der brandenburgischen Raffinerie Schwedt. Ohne Polen ginge da nichts. Wir kriegen auch Gas aus Frankreich, die Belgier und Niederländer helfen auch mit LNG. Wir nehmen das als selbstverständlich hin, und das wundert mich manchmal, denn, wie gesagt, die haben uns immer vor der Abhängigkeit von Russland gewarnt.

Hat aber keinen interessiert.

Deshalb hätten sie auch sagen können: Schaut, wie ihr da selbst rauskommt. Wenn das gemeinsame Handeln aufgrund fehlender Wertschätzung europäischer Solidarität schwieriger wird, könnten Probleme entstehen.

Wo zum Beispiel?

Gerade mit Blick auf China müssen wir europäisch agieren und eine gemeinsame Industriepolitik voranbringen.

Allein schon in der Bundesregierung finden sich drei verschiedene Politikansätze. Die SPD schmeißt Geld drauf, die Grünen versuchen, eine irgendwie postfossile und resilientere Wirtschaft durch mehr Staat zu organisieren, und die FDP ist mit sich selbst beschäftigt. So sieht es zumindest aus. Das drückt zwar genau die Unentschlossenheit der Gesellschaft aus, aber wie kann man so vorankommen?

Uns geht es um die ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Wir Grüne wollen bessere Rahmenbedingungen, nicht einfach «mehr Staat».

Das ist ein zentraler Teil sozial-ökologischer Umsteuerung.

Wir alle stehen vor der Herausforderung, in den verschiedenen andauernden Krisen das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft permanent neu zu verhandeln. Wir arbeiten daran, vieles in eine neue Balance zu bringen, mit dem Ziel, in Zukunft besser auf Krisen vorbereitet zu sein. Die Beschaffung von Rohstoffen ist klassischerweise eine unternehmerische Aufgabe. Die Unternehmen sagen jetzt selbst, dass sie vom Staat einen besseren Rahmen für resiliente Lieferketten brauchen. Auch bei der Uniper-Verstaatlichung ist die Frage: Für wie lange soll es so sein? Während der Pandemie haben wir diskutiert, wem die Krankenhäuser gehören sollen. Gerade definieren wir genauer kritische Infrastruktur und ihren Schutz. Es ist eine internationale Tendenz, Wertschöpfung vor Ort haben zu wollen und Lieferketten zu diversifizieren, um widerstandsfähiger zu werden. Die USA greifen dabei auch in den Markt ein, aber da wird auch nicht «communism» gerufen.

Sie thematisieren hier den Widerspruch der Krisen Gegenwart: Politik soll nachhaltig und resilient werden, aber ständig wird sie mit neuen Problemen konfrontiert. Gerade die Grünen haben immer so getan, als hätten sie alle Antworten in der Oppositionsschublade. Mag sein, dass das, was da liegt, aber nun nicht zur Realität passt.

Es ist «work in progress», und nicht nur wir arbeiten daran, sondern auch die USA und alle demokratischen Länder. Wie ich es sagte: In der Demokratie wird jetzt das Verhältnis Markt und Gesellschaft neu ausgelotet. Beispiel: Konzeptionell ist es eine Herausforderung, wenn wir sagen, wir wollen keine nationalen Produktionsvorgaben, keine nationalen Preise in der Handelspolitik, aber gleichzeitig mehr Wertschöpfung durch Weiterverarbeitung in den rohstoffreichen Ländern. Letzteres ist unter internationalem Preiswettbewerb kaum möglich. Wir arbeiten daran, eine faire und freie Handelspolitik, die grünen Wertschöpfungsketten der Zukunft partnerschaftlich aufzubauen. Mit Wertschöpfung vor Ort, die trotzdem nicht abschottend wirkt. Dafür liegt nicht einfach die eine Lösung in der Schublade.

Aber etwas konkreter wäre schon schön. Wenn Degrowth keine Option ist, wie geht dann selektives Wachstum in Krisenzeiten? Offene Märkte und dennoch mehr regionale Produktionsketten: Was heißt das für den EU-Binnenmarkt, für Außenzölle, Wettbewerb und Kartellrecht?

Grüne Technologien und Innovationen bringen wir am besten gemeinsam im fairen Wettbewerb voran, nicht durch Protektionismus oder einen Subventionswettbewerb. Bis jetzt fördern wir finanziell die Anwendung grüner Technologien, etwa die Windkraft, egal wo das Windrad gebaut wurde. Wir wollen

« Wir alle stehen vor der Herausforderung, in den verschiedenen Krisen das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft neu zu verhandeln. »

eine starke klimaneutrale Industrie in Europa, dafür überlegen wir uns neue Wege. Man kann Vorgaben machen, dass national oder europäisch produziert werden muss, verbunden mit Geld für die Produktion oder nicht. Die USA machen das. Man kann auch nur nationale Produktion subventionieren, ohne Einfuhrbegrenzungen. Das ist aber auch marktverzerrend und potenziell für den EU-Binnenmarkt gefährlich.

Warum?

Welches Land kann es sich zusätzlich zur Anwendungssubventionierung leisten, die Produktion zu finanzieren? Oder man definiert qualitative Kriterien für einen faireren Wettbewerb. Dazu kommen natürlich Fragen der Energiepreise, der Fachkräfte und der Beschleunigung der Beihilfeverfahren. Es ist daher gut, dass die europäische Industriestrategie neu aufgestellt wird. Auch die Versorgung mit Rohstoffen wie Seltene Erden, der Grundlage der Energiewende und Digitalisierung, müssen wir sichern. Wir wollen Unternehmen bei nachhaltiger Rohstoffgewinnung, der Diversifizierung ihrer Lieferketten und mehr Recycling unterstützen.

Probieren und immer wieder auch korrigieren ist eine notwendige Tugend in einer neuen Situation ohne erprobte Antworten. Gleichzeitig gibt es eine extrem nervöse Mediengesellschaft, in der trotz der Erfahrungen der letzten Jahre reflexhaft negativ auf Fehlerkorrektur reagiert wird.

Mein Eindruck ist, und dafür steht Robert Habeck, dass es schon weite Teile der Gesellschaft gibt, die es sympathisch finden, wenn man angesichts einer sich stark verändernden Welt Fragen stellt, reflektiert handelt und das auch kommuniziert.

Eine Zeit lang kam der Vizekanzler damit super an, dann wieder nicht mehr so.

Ich finde, dass wir mehr Menschen brauchen, die helfen, Antworten zu finden. Dafür muss man Fragen stellen.

Wie geht ein Sprechen, das Handlungsfähigkeit von Politik mit einer ehrlichen Beschreibung der Lage verknüpft?

Es gibt Beispiele, wo das gut gelungen ist. Stichwort: Sanktionen. Hier wurde eine Debatte geführt, wie sich ein Gasembargo auf den Kriegsverlauf und auf unsere Wirtschaft auswirken würde. Dabei ging es nicht um ideologische Ablehnung, sondern um Offenheit und das Abwägen von Befürchtungen und unterschiedlichen Annahmen. Es werden viele Debatten geführt, wo sich dann jede Seite ihre passenden Argumente aus dem eigenen politischen Lager zurechtlegt, und das Ende ist sehr vorhersehbar.

Oder?

Oder man sagt, wir debattieren zielorientiert: Wir wollen den Kampf gegen Putin unterstützen, aber wir wollen auch, dass Deutschland und damit die EU wirtschaftlich nicht zusammenbricht. Wir müssen beides zusammenbringen. Die Debatte wurde hier gut geführt. Niemand von uns wusste vorher, welche Sanktionen am besten passen.

Ich würde angesichts der Lage sagen, dass mit dem zweiten Eintritt der Grünen in die Bundesregierung die Politik der alten Bundesrepublik abgeschlossen sein muss. Wie sehen Sie das?

Ich bin überzeugt, dass wir vieles zum Besseren verändern, gleichzeitig verändert sich auch die Welt sehr stark. Die alte Bundesrepublik hatte das Modell «Sicherheit ist garantiert durch die USA und Frankreich» und «Unsere wirtschaftlichen Interessen setzen wir mit politischen Allianzen durch». Das ist überholt. Das haben nicht wir Grünen bewirkt, aber wir haben einen Anteil daran.

Jetzt ist auch der Moment, in dem man verstehen muss, dass Zukunft auch Härte bedeutet, um sich gegen Viren und Zumutungen zu behaupten, um sich verteidigen zu können, wenn jemand angreift, um sich auch unter neuen Bedingungen auf dem Weltmarkt zu behaupten. Dafür wurden die Grünen aber nicht gegründet. Wie sehen Sie das?

Das Externalisieren von allem Unschönen ist vorbei. Geopolitische Risiken und die ökologischen Kosten unseres Wirtschaftens lassen sich nicht mehr ignorieren. Viele Grüne und uns nahestehende Initiativen haben seit Jahren darauf hingewiesen. Es ist nun deutlich, dass Resilienz und Klimaschutz wirtschaftliche Faktoren sind. Bei der Handelspolitik ermöglicht uns der Moment, beides zusammenzubringen, Globalisierung und Klimaschutz. Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral und widerstandsfähig.

Ich glaube ja, dass Robert Habeck die Grünen ins Zentrum der Gesellschaft gebracht hat mit dem Satz: «Bessere Politik, nicht bessere Menschen.» Jetzt ist man aber in der Situation, dass man republikanisches Bürgerengagement eben doch braucht, Leute, die weniger duschen, vor allem Leute, die nicht nur protestieren, sondern gemeinsame Zukunft erfinden und gestalten.

Dass Bürger sich bürgerlich verhalten, also als Teil einer demokratischen Gemeinschaft, erfüllt für mich nicht das Kriterium «besserer Mensch». Das ist das demokratische Zusammenleben. In einer Krisensituation ist die demokratische Gemeinschaft auch von dem abhängig, was der Einzelne tut. Das ist kein besseres Menschentum, sondern das, was uns von Diktaturen unterscheidet. Wir bauen keine Kameras ein, um das Duschen zu überprüfen, sondern wir vertrauen darauf, dass die Einzelnen sich als Teil der Gemeinschaft verstehen und selbstbestimmt ihre Verantwortung als Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen.

Franziska Brantner, 43, ist Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschafts- und Klimaministerium von Robert Habeck, zuständig für Außenwirtschaft, Europa-, Digital- und Innovationspolitik. Sie ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für die Region Heidelberg Neckar-Bergstraße. Das Gespräch fand im Wirtschaftsministerium in Berlin-Mitte statt.

Peter Unfried ist Chefreporter der taz und Chefredakteur von taz FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik.



«Eine mentalitätsverändernde Firma»

Poonam Bir Kasturi, 60,
Bengaluru, Indien
Gründerin von Daily Dump

Sechzig Prozent des städtischen Mülls in Indien besteht aus organischem Abfall. Wenn dieser zusammen mit anderweitigem Müll zur Deponie gefahren wird, kostet das nicht nur viel Geld, sondern verursacht auch Emissionen. Eine Verschwendung, sagt Poonam Bir Kasturi: «Bio-Müll besteht zu 70 Prozent aus Wasser. Also fahren wir im Grunde Wasser durch die Gegend. Das ist so ineffektiv.»

Aus diesem Grund hat sie Daily Dump gegründet. Die Firma bietet verschiedene Behältnisse an, in denen Stadtbewohner*innen ihren Biomüll kompostieren können. Doch die Produkte selbst sind nur ein kleiner Teil. «Wir bezeichnen uns als eine mentalitätsverändernde Firma. Wir haben zum Beispiel herausgefunden, dass die Leute sehr schwarz-weiß Denken: Entweder ist es Müll oder es ist eine Ressource.» Mit der Webseite, Videos und Workshops versucht Daily Dump, solche Einstellungen zu verändern – und zu zeigen, dass Müll auch eine Ressource sein kann.

Früher erklärte Kasturi als «Compostwali» auf Social Media ihre Produkte und war das Gesicht der Marke. Doch um alle Menschen in diese ökologische Transformation miteinzubeziehen, sei es wichtig, als «Gründerinnenfigur» zurückzutreten, sagt sie. «Die Distanz zwischen mir und dem Produkt ist jetzt so groß, dass Menschen es nicht mehr unbedingt mit mir assoziieren. Sie assoziieren es mit sich selbst. Und das ist wichtig, denke ich.»

Die Welt reparieren

Sie kümmern sich darum, dass Biomüll in Indien kompostiert wird, schaffen Wasserreservoirs in Mexiko und stellen Photovoltaikanlagen in Kanada auf: Porträts von sechs Agentinnen des öko-sozialen Wandels aus sechs Ländern.

«Ein ganzheitlicher Ansatz für Reparatur»

Victoria Collier, 47,
San Miguel de Allende, Mexiko

Mitgründerin und Leiterin des Tikkun Eco Center

Vor elf Jahren begannen die US-Amerikanerin Victoria Collier und ihr Partner Ben Zion Ptashnik, ein Stück Land in Zentralmexiko in eine Permakultur zu verwandeln. Das Zentrum ist benannt nach dem hebräischen Prinzip «Tikkun Olam», oft wird der Begriff als «Reparatur der Welt» übersetzt. «Für mich geht es bei dem Begriff Tikkun um einen ganzheitlichen Ansatz für ‚Reparatur‘. Es geht darum, uns selbst zu heilen und auch unsere Gemeinschaft», erklärt Collier.

Deshalb geht es in ihrer Arbeit nicht nur um die Permakultur, sondern auch um die Dorfbewohner*innen rund um das Tikkun Eco Center. Eines der wichtigsten Projekte in dieser Hinsicht war daher die Restauration des lokalen Wasserreservoirs. Die Gegend um San Miguel de Allende ist trocken. Deshalb ist es geboten, das Wasser in der Monsunzeit von Juni bis Oktober aufzufangen, um es in den anderen Monaten für Tiere und Landwirtschaft verwenden zu können.

Wie bei all ihren Projekten bezogen Collier und ihr Partner die Gemeinschaft direkt in die Entscheidungsprozesse ein. «Wir präsentierten unsere Vorschläge und jede*r konnte darüber abstimmen. Wir machen nicht einfach irgendwas in der Community. Sie müssen das wollen und dem zustimmen.» Das ist laut Collier für den Erfolg solcher Projekte sehr wichtig. «Man sollte keinen Top-down-Ansatz verfolgen. Wenn Menschen in eine Gemeinschaft kommen, die über mehr Ressourcen, Erfahrung oder Wissen verfügen, dann haben sie manchmal die Tendenz, ihre Lösungen anderen aufzuzwingen.»



«Das Geld bleibt in der Gemeinschaft»

Jennifer Bryan, 43,
Toronto, Kanada
Senior Campaign Manager
für Solar Share

«Unser Ziel ist eine Energiegemeinschaft», sagt Jennifer Bryan von Solar Share. Die Firma baut mit Hilfe großer Investor*innen Photovoltaikanlagen auf Dächern oder ungenutzten Flächen innerhalb der Provinz Ontario.

Die Provinzregierung kauft den durch diese Anlagen generierten Strom zu einem festgelegten Preis. Einzelpersonen oder Organisationen können für ein Minimum von 100 kanadischen Dollars Anleihen erwerben und erhalten zweimal jährlich Zinszahlungen. «Wir sind eine Non-Profit-Kooperative. Also, alle Einnahmen werden dafür verwendet, die Investitionen zurückzuzahlen, die Systeme am Laufen zu halten und die Kooperative zu betreiben. Das gesamte Geld bleibt in der Gemeinschaft.» Für Bryan ist eine Kooperative wie Solar Share eine gute Möglichkeit, viele Menschen an der Energiewende zu beteiligen: «Die meisten von uns haben kein eigenes Dach oder ein Grundstück, um unsere eigene Solaranlage aufzustellen. Aber wir möchten ein Teil davon sein.» Die Option zu investieren motiviert laut Bryan mehr Menschen, sich am Ausbau nachhaltiger Technologien zu beteiligen: «Man kann viel über Solarenergie sprechen. Aber wenn Menschen ein bisschen Geld damit verdienen können, werden sie auf einmal hellhörig. Es ist leider so: Wenn wir ökonomische Interessen mit etwas verbinden können, funktioniert eine Transformation manchmal einfach schneller.»



«Das Grün auf unseren Hügeln verschwand»

Sofia Luna Quispe, 18, Lima, Peru
Studentin und Aktivistin

«Ich rede immer wieder über meinen Distrikt, denn dieser Ort hat mir so viel beigebracht», sagt Sofia Luna Quispe. Sie lebt in Comas, einem der am dichtesten besiedelten und ärmsten Distrikte der peruanischen Hauptstadt Lima. In der Schule hörte sie zum ersten Mal von den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN. «Dadurch wurde mir klar, dass meine Community viele Konsequenzen der Klimakrise zu spüren bekommt. Das Grün auf unseren Hügeln verschwand langsam, die Umweltverschmutzung wurde immer schlimmer. Und häufig hatten wir kein Wasser oder keinen Strom. Aber wir wussten nicht, dass diese Probleme mit der Klimakrise zusammenhängen.»

Seitdem engagiert sich Luna Quispe für Nachhaltigkeit: zum Beispiel bei der Re-Earth-Initiative, die Klimaaktivismus für alle zugänglich machen will. Aber auch lokal ist Luna Quispe aktiv, etwa in dem Projekt Ollas Sostenibles, zu dem unter anderem ein Gemeinschaftsgarten mit Küche gehört. Menschen, die von der Klimakrise besonders betroffen sind, müssen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit miteinbezogen werden, sagt Luna Quispe: «Wenn international Entscheidungen getroffen werden, sprechen Leute über Lösungen, ohne dass wir mit am Tisch sitzen.» Besonders wichtig ist ihr, dass Menschen aus den betroffenen Ländern und Communities als ernstzunehmende Akteur*innen betrachtet werden: «Wir wollen kein Mitleid. Wir wollen nicht nur als Opfer gesehen werden, sondern auch als Changemaker.»



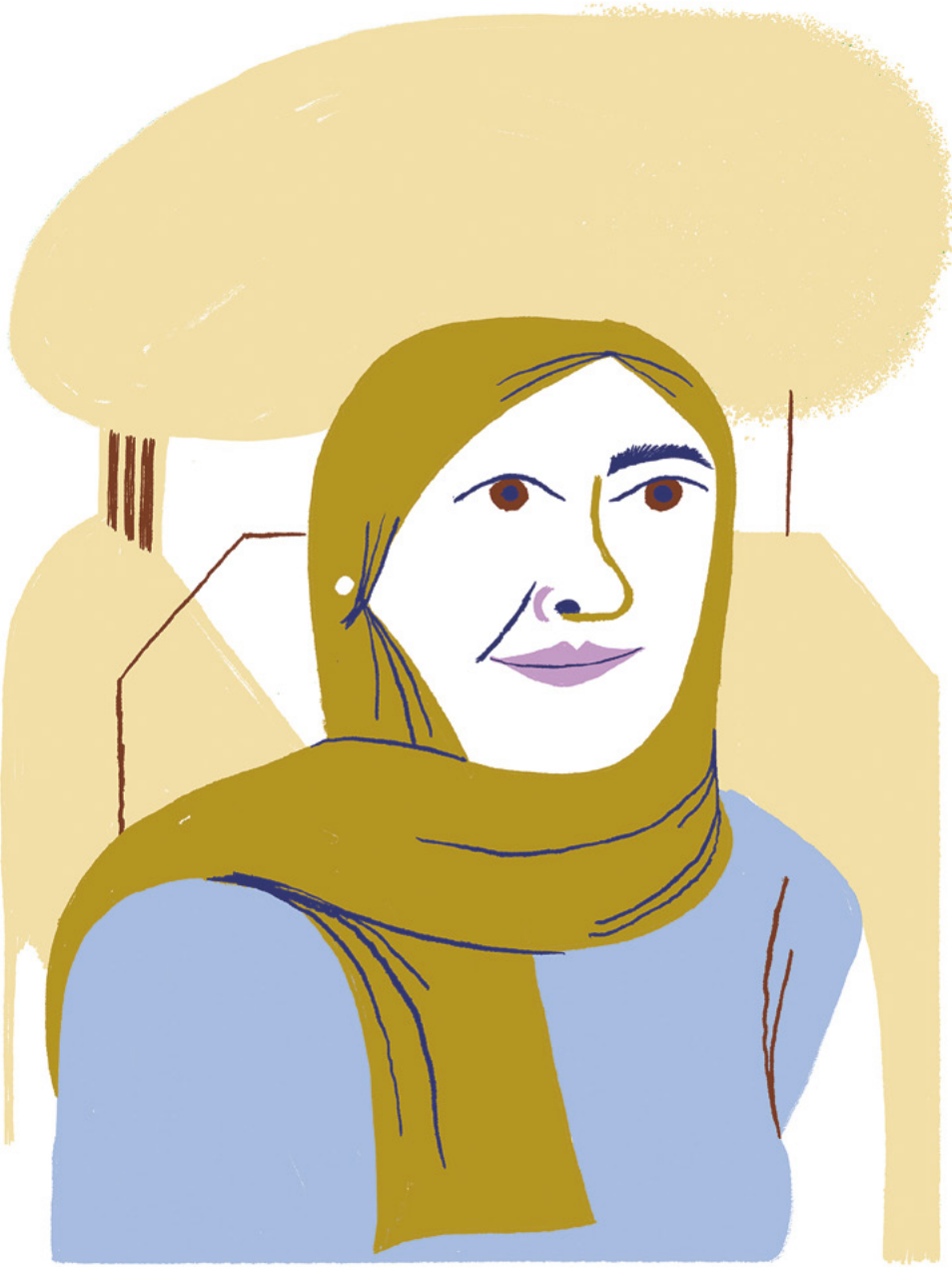
«Die Zusammenarbeit immer neu gestalten»

Yvonne Holzinger, 34, Ettlingen, Deutschland
Teamleiterin bei der AfB

Sozial und ökologisch arbeiten, das ist das Anliegen der AfB. Die Abkürzung steht für «Arbeit für Menschen mit Behinderung». Das Unternehmen kauft Hardware wie Notebooks oder Diensthandys von Firmen und Behörden an. Menschen mit und ohne Behinderung arbeiten diese auf, bevor sie wieder verkauft werden. Dadurch werden Tonnen an Rohstoffen und CO₂ eingespart. Auch das hat soziale Auswirkungen, denn so werden der Lithium-Abbau für Akkus oder die Entsorgung von Elektroschrott im Globalen Süden vermieden.

Yvonne Holzinger leitet seit anderthalb Jahren ein Team von Mitarbeiter*innen mit und ohne Behinderung. «In meinem Team treffen verschiedene Charaktere aufeinander. Das ist auch das Spannende, das die Zusammenarbeit immer neu gestaltet. Kein Tag ist wie der andere.» In ihrem Umfeld sind Menschen manchmal verwundert, dass sie mit Menschen mit Behinderung zusammenarbeitet. «Es ist verrückt, dass das immer noch etwas Besonderes ist», sagt Holzinger. Für sie sollten Firmen heutzutage selbstverständlich sozial, aber auch ökologisch agieren. «Ich finde es ist einfach zeitgemäß, dass Unternehmen Verantwortung in beiden Bereichen übernehmen.»





«Arbeitsplätze für viele Menschen»

Farhana Hussain, 24, London, Großbritannien

Senior Energy and Carbon Analyst bei Salix Finance

Bei der Klimakrise müssen alle mit ran.

Nicht nur Privatleute, auch der öffentliche Sektor.

Salix Finance ist ein staatliches Unternehmen, das Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser oder Universitäten bei der Dekarbonisierung unterstützt. Diese können Gelder für zum Beispiel Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen oder Biomasse-Heizsysteme beantragen

Farhana Hussain prüft, ob das Vorhaben technisch stimmig ist. «Wir schauen uns das ganze Gebäude an. Denn wenn man etwa nur die Heizanlage betrachtet und womit man diese ersetzen kann, aber nicht die Energieeffizienz des Gebäudes bedenkt, zum Beispiel die Isolierung, könnte man die neuen Heizsysteme zu groß planen.» Hussain denkt nicht, dass es durch den Umstieg auf nachhaltigere Technologien zukünftig viele Arbeitslose geben wird: «Wenn jemand zum Beispiel einen Hintergrund in fossilen Brennstoffen hat, dann ist das eine sehr gute Basis, um mit nachhaltigen Energien zu arbeiten. Das ist ein so großer Sektor. Ich denke, dass er Arbeitsplätze für viele Menschen bietet.»

Christina Focken schreibt und studiert Global Studies in Berlin. Ihren Bachelor absolvierte sie in Regionalstudien Asien/Afrika und Gender Studies.

Franz Lang lebt als Künstlerin und Illustratorin in London.

Essay: Claus Dierksmeier

Spaltet Freiheit?

Es scheint, wer mehr Nachhaltigkeit und Solidarität anstrebt, muss sich zu weniger Freiheit bequemen – und umgekehrt. Allerdings nur, wenn wir einer Konzeption quantitativer Freiheit folgen, sagt der Philosoph Claus Dierksmeier. Es wäre anders, wenn wir eine Idee qualitativer Freiheit vor Augen hätten.

Wer auf die Zeitläufte seit dem Fall der Berliner Mauer blickt, betrachtet einen Siegeslauf der Freiheit. Einerseits. Andererseits haben neoliberale Wirtschafts- und libertäre Politikmodelle zu erheblichen Belastungen von Umwelt und Mitwelt geführt – und damit zu gesellschaftlichen Friktionen. Spaltet uns also die Freiheit? – Auf den ersten Blick scheint es so. Wer ökologische Nachhaltigkeit oder soziale Gerechtigkeit anstrebt, erlegt sich Bindungen auf. Das schränkt den Freiheitsraum ein – ob nun beim Konsumieren, beim Wirtschaften oder in der Politik. Es scheint, wer *mehr* Nachhaltigkeit und Solidarität zum Ziel hat, muss sich zu *weniger* Freiheit bequemen – und umgekehrt. Allerdings nur, wenn wir einer Konzeption *quantitativer* Freiheit folgen. Anders wäre dies, verstünden wir uns zu einer Idee *qualitativer* Freiheit.

Quantitative Freiheit

Lange strebten Liberale eine Maximierung individueller Optionen bei Minimierung staatlicher Einflussnahme an. Zwar brauche es schon ein paar Gesetze, um unliebsame Zusammenstöße zu vermeiden. Koordinationsregeln (wie die Verkehrsgesetze) seien sinnvoll, welche (indem sie individuelle Freiheitsräume etwas beschneiden) die Gesamtmenge von Freiheit insgesamt (und damit im Durchschnitt auch den Freiheitsraum der Einzelnen) vergrößern. Aber: je weniger Regeln und je kleiner ihr Anwendungsbereich, desto freier die Gesellschaft. Quantitative Freiheit rechnet nach der Formel «je mehr, desto besser».

Was keinen Zuwachs an individuellen Optionen bringt, wird in den privaten Sektor abgedrängt. Umwelt, Mitwelt und Nachwelt tauchen in Theorien quantitativer Freiheit nur randständig auf: Denn die Theorie quantitativer Freiheit ist am Modell eines rationalen Tauschs orientiert. Wer die Respektierung anderer als Beschränkung eigener Interessen versteht, wird sie nur gewähren, wo es sich rechnet: etwa durch eine gleichartige Rücksichtnahme der anderen. Ebenso bei den Leistungspflichten. Was aber, wo kein symmetrischer Tausch möglich ist? Wozu sich zu etwas verpflichten, wenn das nicht mehr Optionen für einen selbst einbringt? Ein solches Denken spaltet, da es den Eindruck erweckt, die Freunde der Freiheit stünden zwangsläufig mit den Freunden der Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit im Clinch.

Zweifel am quantitativen Ansatz sind angebracht. Warum klammern wir uns an einige Freiheiten, verzichten aber entspannt auf andere? Müssten wir sie nicht, dem quantitativen Motto getreu, alle gleich bewerten? Die Vorschrift, nicht auf der linken Fahrbahn, sondern nur auf der rechten Seite einer Landstraße zu fahren, schränkt uns ja weit weniger dramatisch anders ein als – um im Beispiel zu bleiben – die Vorgabe, nie linken, sondern nur rechten Meinungen im öffentlichen Raum Ausdruck zu verleihen. Rein quantitativ wären aber wohl von ersterer mehr Menschen betroffen als von zweiterer. Das zeigt: Manche Freiheiten sind wichtiger als andere: Es kommt nicht nur auf Masse, sondern auch auf die Klasse unserer Freiheiten an.

Qualitative Freiheit

Abwägen kommt vor Abwiegen. Wer quantitativ messen will, muss zuerst qualitativ sagen, was. Alle vorstellbaren Optionen können sowieso nicht verwirklicht werden. Es muss also eine Auswahl getroffen werden. Aber welche – und wie?

Natürlich darf Freiheit nicht willkürlich von außen eingeschränkt werden, von irgendwelchen Wertvorgaben oder Vorlieben. Qualitatives Freiheitsdenken wendet stattdessen die Idee der Freiheit auf sich selbst an und folgt dem Motto «je besser, desto mehr»: Je klarer die individuelle Freiheit den universellen – auf alle Personen zielenden – Gedanken von Autonomie verwirklicht, umso stärker sollten wir sie fördern. Die Frage «Welche Freiheit?» kann nur mit Rücksicht auf die Frage «Wessen Freiheit?» gültig beantwortet werden.

Freiheit steht uns nicht aufgrund unseres Geschlechts, Alters, unserer Hautfarbe, Ethnie oder Steuerklasse zu, sondern weil wir Personen sind – und damit allen Personen: nah wie fern lebenden Menschen, gegenwärtigen ebenso wie zukünftigen Generationen. Deshalb wird qualitative Freiheit nicht jede Vermehrung von Optionen gutheißen und etwa wirtschaftliche Leistung nicht allein anhand von pekuniären Parametern messen, sondern danach bewerten, ob und wie sie Lebenschancen verbessert und so Menschen zu einem selbstbestimmten und würdevollen Leben verhilft. Die Freiheit der anderen definiert also nicht nur die *Grenze* der unsrigen, sondern zeigt auch eines ihrer vornehmsten *Ziele* an.

Eine Philosophie qualitativer Freiheit legt allerdings nicht von vorneherein fest, *was* jeweils vor Ort und von Zeit zu Zeit als qualitative Freiheit zu gelten hat, wohl aber *wie* eine Gesellschaft dies (nicht) ermitteln sollte. Entscheidungsverfahren sind unzulässig, welche Einzelne und Gruppen diskriminieren und verhindern, dass Minderheiten heute so geschützt werden, dass sie morgen zwanglos zu Mehrheiten werden können. Nur solche Freiheitskonzepte können als legitime politische Übersetzungen der philosophischen Idee qualitativer Freiheit gelten, die ihre kritische Selbstanwendung überstehen. Wer seine oder ihre Freiheit so umsetzt, dass, falls die Rollen getauscht würden, ihm oder ihr keine Freiheit bliebe, widerspricht sich und untergräbt so die Geltungskraft des eigenen Freiheitsverlangens.

Was folgt daraus praktisch?

Qualitativ ausgerichtete Freiheitstheorie kann einer Spaltung der Gesellschaft entlang der Linien Freiheit versus Ökologie bzw. Freiheit versus soziale Gerechtigkeit entgegenwirken, da sie betont: Freiheit verpflichtet – Verantwortung befreit. Das lässt sich an drei Punkten gut verdeutlichen.

Erstens: Die Idee qualitativer Freiheit nimmt Einzelne *und* Gemeinschaft in Anspruch: Sich aus selbstverschuldeter Unmündigkeit zu befreien, obliegt allen selbst. Die Befreiung aus unverschuldeter Unmündigkeit jedoch schulden wir einander. Es braucht daher klare Grenzen zwischen Moral (freiwilliges Verfolgen von Werten) und Politik (Setzen rechtlich bindender Normen). Individueller, freiwilliger Verzicht (etwa auf Fleischkonsum oder Flugreisen) zum Wohle der Umwelt und kollektive, sanktionierte Verbote (z.B. Tempolimit) sind natürlich zweierlei. Aber sie hängen zusammen. Wo niemand freiwillig auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit des eigenen Freiheitsgebrauchs achtet, sondern sich opportunistisch, wo immer es ungestraft geht, Vorteile auch zuungunsten Dritter oder der Allgemeinheit verschafft, erschallt alsbald der Ruf nach einer engeren Beschneidung der persönlichen Freiräume durch den Staat. Wenn Liberale also freiheitswidrige Übergriffigkeit im Namen hehrer Ziele fürchten, sollten sie sich aktiv(er) ums Gemeinwohl kümmern, damit es nicht andere – eventuell weniger große Freunde der Freiheit – tun.

Zweitens: Was von unserer Freiheit ausgeht, geht auch wieder in sie ein. Freiheit beruht auf Voraussetzungen, die sie beeinflusst. Gerade weil die Idee der Freiheit niemandem bestimmte Lebensziele vorschreibt, muss sie angesichts endlicher Ressourcen und unendlicher (gerade auch zukünftiger) menschlicher Ziele zum sorgsamem Gebrauch der geteilten Lebenswelt aufrufen, damit auch kommende Generationen in Freiheit über sich entscheiden können. Ein Gebrauch von Freiheit, der kaum umkehrbare Pfadabhängigkeiten schafft, steht darum zu Recht unter einer höheren Begründungslast als einer, dessen Wirkung leichthin reversibel ist.

Drittens: Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Die Ziele liberaler Politik sollen durch freiheitliche Mittel erreicht werden. Die Theorie qualitativer Freiheit fragt folglich nicht technokratisch: «Wer hat Recht?», sondern demokratisch: «Wer hat das Recht zu entscheiden?» und damit auch: «Wer hat das Recht zu irren?». Deswegen braucht es Demokratiepoltik, die dafür sorgt, dass alle, die von einer Regelung (oder deren Ausbleiben) betroffen sind, zu direkt oder repräsentativ Beteiligten werden, wenn diese Regelung zustande kommt. Was uns angesichts der Globalisierung und Virtualisierung unserer Lebenswelt momentan vor besonders schwierige Aufgaben stellt.

Was bleibt?

Quantitative Freiheit findet in qualitativer ihren Grund; qualitative Freiheit gibt sich in quantitativer ihr Maß. Durch die Qualifizierung unserer Freiheiten im Hinblick auf ihre Verträglichkeit mit den Freiheiten aller Menschen werden soziale und ökologische Nachhaltigkeitsbelange sichtbar als das, was sie sind: integrale Momente freiheitlichen Lebens. Entsprechende Bemühungen sollten wir, anstatt sie als ein *quantitatives Minus* an privaten zu verbuchen, als ein *qualitatives Melior* an geteilten Lebenschancen betrachten und behandeln – als besseren, weil dem universellen Wesen ihrer Idee entsprechenden Gebrauch der Freiheit.

Claus Dierksmeier ist Philosoph und Professor für Globalisierungsethik an der Universität Tübingen. Zudem ist er als Strategieberater in Politik und Wirtschaft tätig. Seine akademische Arbeit konzentriert sich auf das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung im Zeitalter der Globalität.

Zum Weiterlesen:

«Qualitative Freiheit. Selbstbestimmung in weltbürgerlicher Verantwortung», Claus Dierksmeier, transcript, 2016

<https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3477-8/qualitative-freiheit/>

Hans-Jürgen Urban ist im Vorstand der IG-Metall. Er sagt, dass wir den Wandel nicht allein den Märkten überlassen dürfen. Für die Zukunft fordert er erst recht verlässliche Strukturen für Arbeitnehmer*innen – und setzt auf die Kraft von Fortbildungen

«Menschen müssen im Umbruchprozess ihren Platz finden.»

Interview: Susanne Lang

Herr Urban, wann sind Sie zuletzt von der Post beliefert worden?

Hans-Jürgen Urban: Vor drei Tagen mit einem kleinen Paket an Briefen, das mich über einen Nachsendeantrag zehn Tage später erreicht hat als unter Normalbedingungen.

Da geht es Ihnen derzeit wie vielen Menschen, denn auch die Post ist wie andere Unternehmen und Branchen akut von Personalmangel betroffen. Wie kann man dieses Problem lösen, das die Arbeitswelt stark verändert?

Momentan sind wir mit einem sogenannten Mismatch-Problem konfrontiert: Einerseits verzeichnen wir Rekorde bei der Anzahl von Erwerbstätigen, andererseits klagen nahezu alle Branchen über einen Arbeits- und Fachkräftemangel. Das resultiert unter anderem daher, dass die vorhandenen Arbeitskräfte mit ihren Berufswünschen, Qualifikationen und der regionalen Herkunft nicht mit den Wunschvorstellungen der Arbeitgeber zusammenpassen. Neben dieser Qualitätsfrage gibt es auch quantitative Engpässe. Um dem entgegenzuwirken, steht eine Reihe von bekannten Maßnahmen zur Verfügung, die bisher aber nicht ausgeschöpft sind. Als erstes müssten Unternehmen quer durch alle Branchen wieder hinreichend ausbilden. Hier rächen sich die eklatanten Versäumnisse der letzten Jahre.

Welche Maßnahmen gibt es noch?

Sehr viele Arbeitskräfte würden gerne Vollzeit erwerbstätig sein, können dies aber nicht, da die gesellschaftliche Infrastruktur dafür nicht vorhanden ist. Vor allem Frauen stecken in der Teilzeitfalle fest, weil nicht genügend Kitaplätze bereitgestellt werden und die Unterstützung von Sorgearbeit fehlt. Und den Preis dafür müssen sie oft auch noch bezahlen, mit Niedrigeinkommen und Niedrigrenten. Hier gibt es ein enormes Potenzial. Gleiches gilt für die Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern. Es fehlt an arbeitsmarktpolitischen Brücken und passgenauen individuellen Unterstützungen.

Wie sieht es mit Technologie und Digitalisierung aus, könnte KI nicht menschliche Arbeitskraft ersetzen? Um beim Beispiel Post zu bleiben: Dann bringt die Drohne die Briefe.

Da gibt es bestimmt Potenziale. Aber ich glaube nicht daran, dass Technologie den Mangel an menschlicher Arbeitskraft insgesamt ausgleichen wird. Wir brauchen stattdessen einen Kulturwandel in den Unternehmen. Der Arbeitsmarkt hat sich stark verändert, weg von einem Arbeitgebermarkt, auf dem sich Unternehmen die besten Leute auswählen konnten, hin zu einem Arbeitnehmermarkt. Nun haben Fachkräfte vielfach ihrerseits die Möglichkeit, sich attraktive Arbeitgeber auszusuchen. Daher braucht es in den Unternehmen eine neue Kultur der Wertschätzung von Arbeit, eine andere Art der Werbung und auch der Fürsorge für Arbeitskräfte. Ohne akzeptable Arbeitsbedingungen – ich spreche von tariflich geregelten Arbeitsbedingungen etwa beim Entgelt und der Arbeitszeit – und ohne eine gewisse Wertschätzung des Arbeitgebers gegenüber den Beschäftigten werden Unternehmen ihre Probleme behalten. Die bisherige Strategie des Outsourcings und der Privatisierung wird sich auf Dauer nicht bewähren.

Hauptargument der Unternehmen dafür war der hohe Kostendruck im globalen Wettbewerb. Ist es realistisch, dass Unternehmen wieder mehr in Personal investieren?

Unternehmen, die unter kapitalistischen Marktbedingungen arbeiten, unterliegen immer einem hohen Kostendruck. In den vergangenen 20 bis 30 Jahren, in der gerne als neoliberal bezeichneten Periode, haben viele Unternehmen versucht, den Konkurrenzdruck über die Reduzierung der Arbeitskosten abzufangen. Aber das ist in den Märkten heute in der Regel eine nur sehr kurzfristig erfolgreiche Strategie. Wir brauchen harte Regeln, die den Unternehmen diesen vermeintlich leichten Weg versperren. Und die Aufmerksamkeit der Unternehmen muss auf die Felder gelenkt werden, die auch mittelfristig erfolgreich sind.

Welche sind das?

Die effiziente Arbeitsorganisation, eine gute und gesunde Kombination aus Arbeitskraft und Technik sowie die Suche nach neuen, zukunftsfähigen Produkten und Märkten. Das Paradigma der schnellen Kostenreduzierung auf Kosten von Sozialstandards ist vor allem in unserer Hightech-Ökonomie nicht zukunftsfähig. Deshalb engagieren wir uns für einheitliche Wettbewerbsbedingungen durch

gesicherte Sozialstandards. Je mehr Unternehmen einem Tarifvertrag unterliegen und an Mindeststandards bei der Arbeitszeit sowie der Lohnfrage gebunden sind, um so einfacher ist es für das einzelne Unternehmen, sich daran zu halten.

Nicht nur die digitale, auch die sozial-ökologische Transformation verändert die Arbeitswelt. Viele Arbeitsplätze werden künftig überflüssig sein, wenn beispielsweise der Verbrennermotor durch nachhaltigere Antriebsquellen ersetzt wird. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sieht in einem Gutachten die berufliche Weiterbildung als Lösung. Sie auch?

Ich halte Weiterbildung für unverzichtbar. Wir können als Gewerkschaften den Kolleginnen und Kollegen zwar keine Arbeitsplatzgarantie geben, aber wir wollen und müssen ihnen eine Beschäftigungsperspektive verschaffen. Denn nur wer für sich eine Perspektive sieht, ist auch bereit, sich an der sozial-ökologischen Transformation zu beteiligen. Neben Angeboten, andere Qualifikationen erwerben zu können, müssen auch weitere Kompetenzen in die Weiterbildung einbezogen werden: Sozial-, Kommunikations-, Reflexions- und Eingriffskompetenzen werden künftig noch bedeutender. Wir müssen die Menschen befähigen, in dem Umbruchprozess ihren Platz zu finden und die neuen Arbeitsbedingungen mitzugestalten. Kluge Unternehmen wissen längst, dass die menschliche Arbeitskraft nach wie vor die eigentliche Produktivkraft ist. Das gilt auch in der Transformation.

Welche Perspektive haben hoch qualifizierte Fachkräfte, die bisher Verbrennermotoren gebaut haben?

Heute arbeiten rund um den Verbrennermotor circa 280.000 Beschäftigte, diese Zahl wird deutlich zurückgehen. Wir als Gewerkschaft unterstützen die Antriebswende weg von der fossilen hin zur elektrischen Mobilität. Die Arbeitsplätze, die dabei verloren gehen, werden vermutlich nicht eins zu eins ersetzt werden können. Im Gegenzug werden aber andere Wirtschaftsbereiche wachsen, beispielsweise die Batterieproduktion oder die Ladeinfrastruktur. Die große Kunst besteht darin, diesen Wandel nicht den Märkten zu überlassen, weil sie Massenarbeitslosigkeit, viel Leid und hohe gesellschaftliche Kosten produzieren. Politik und gesellschaftliche Akteure wie die Gewerkschaften müssen regulierend eingreifen und einen guten Übergang ermöglichen: mit mitbestimmten, langfristigen Unternehmensstrategien, realistischen Qualifizierungschancen und sozialen Perspektiven für jede und jeden Einzelne(n).

In vielen Bereichen wird die Arbeit anspruchsvoller werden. Produziert die Transformation auch Verlierer, die keinen Platz mehr in der Arbeitswelt finden?

Selbstverständlich werden viele Tätigkeiten sehr anspruchsvoll sein, aber die sogenannte Einfacharbeit wird nicht verschwinden. Nehmen Sie die Elektroroller, die nun in allen Großstädten verfügbar sind. Für ihren Betrieb benötigt man nicht nur IT-Experten und Ingenieure, sondern auch Menschen, die die Roller einsammeln, wiederaufladen und bereitstellen. Je größer der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften allerdings wird, desto mehr muss unser Augenmerk auf denjenigen liegen, die damit alleine nicht Schritt halten können. Gering qualifizierte Menschen sind häufig auch nicht geübt in Weiterbildung, haben Vorbehalte und benötigen Unterstützung, weil sich ihr Arbeitsplatz besonders verändert. Wir werden zudem akzeptieren müssen, dass in den rentennahen Jahrgängen nicht alle den Sprung in die neue Arbeitswelt schaffen werden. Hier müssen wir über flexible Übergänge in den Ruhestand diskutieren. Gerade in Umbruchzeiten sind wir dazu verpflichtet, den Menschen ein sozialstaatliches Sicherungsangebot zu machen.

Müsste die Arbeitswelt nicht generell flexibler werden? Modelle wie Lebensarbeitszeitkonten, Sabbaticals oder die 4-Tage-Woche werden bereits diskutiert, um Arbeit menschlicher zu gestalten.

Grundsätzlich bin ich aufgeschlossen gegenüber Modellen, die Arbeit entdichten, Ruhepausen organisieren und die Erwerbsarbeit mit anderen Bedürfnissen vereinbarer machen. In den Tarifverträgen der IG Metall gibt es beispielsweise schon heute Regelungen, dass die Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden pro Woche reduziert werden kann, um etwa Sorgearbeit zu organisieren. Und für die besonders belastende Schichtarbeit existieren Möglichkeiten, durch zusätzliche freie Tage eine Belastungsminderung herbeizuführen. Auch für Arbeitsunterbrechungen durch sogenannte Sabbaticals habe ich Sympathie. Was damit aber nicht einhergehen darf, sind unzumutbare Einbußen bei der Rente. Gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten müssen in der Rentenbiografie aufgewertet werden, bei Kindererziehungszeiten geschieht dies bereits in Ansätzen. Aber wir brauchen weitere Anstrengungen zur sozialen Absicherung von differenzierten Erwerbsbiografien.

Hans-Jürgen Urban, geb. 1961, ist seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und dort für Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Qualifizierungspolitik zuständig. Zudem ist er Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit. Seit 2011 gehört er dem Herausgeberkreis der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* an.

Susanne Lang lebt als freie Redakteurin und Journalistin in Berlin.

«Wir können als Gewerkschaften den Kolleginnen und Kollegen zwar keine Arbeitsplatzgarantie geben, aber wir wollen und müssen ihnen eine Perspektive auf Beschäftigung verschaffen.»

Willkommen in Magdeburg

Der Chiphersteller Intel kommt mit einer Megafabrik nach Magdeburg. Für eine Stadt in Ost-Deutschland, die sich lange abgehängt fühlte, eine große Chance. Doch die birgt auch Herausforderungen – für Menschen und Umwelt.



Text: Jannis Holl

Als am 15. März 2022 Intel-Chef Pat Gelsinger vor die Kamera tritt, ist die Spannung groß. Die Gerüchte, dass der Chiphersteller in Magdeburg eine Fabrik bauen will, kursieren schon länger. «Heute verkünden wir unsere wichtigste Investition», spricht der Mann mit der randlosen Brille und der Seidenkrawatte in die Kamera. Sekunden später erscheint in der Präsentation ein Bild des Magdeburger Doms am Elbufer. Jetzt ist klar: Intel kommt nach Magdeburg. Es ist ein Coup für das Land und die Stadt. Die Halbleiterindustrie boomt, die Welt giert nach Computerchips. Ohne sie geht nichts, die Technik ist verbaut in Laptops, Smartphones, Autos.

Magdeburg soll eine der wichtigsten Produktionsorte in Europa werden. Die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts ist eine leere Stadt, eine weiße Stadt. Und die Menschen dort sind nicht besonders einkommensstark. Eine Datenrecherche der *Zeit* berechnete das Brutto-Durchschnittseinkommen der Magdeburger: 3114 Euro im Monat, das sind 411 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Magdeburg liegt damit im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten auf Platz 75 von 80. Auch wenn der Wohnungsleerstand seit 2007 bis auf Ausnahmen rückläufig ist, sind auch im Jahr 2023 noch einige Tausend Wohnungen unbesetzt: Seit 1989 haben mehr als 50.000 Menschen die Stadt verlassen, darunter auch viele junge. Der Altersdurchschnitt stieg seit 1994 von 40,5 Jahren auf 45,4 Jahre. Auch bei der Arbeitslosenquote spürt Magdeburg die Ungleichheit zwischen West und Ost. Im Dezember 2022 lag sie bei acht Prozent.

Sandra Yvonne Stieger sieht im Neubau der Chipfabrik eine Chance, diesen negativen Trends entgegenzuwirken. Auf ihrem Computer ging im April 2021 die Erstanfrage von Intel per Mail ein. Ob die Stadt Magdeburg die Fläche zur Verfügung stellen könne? Stiegner erinnert sich: «Am Anfang weiß man nicht, um welches Unternehmen es geht. Da kommt eine anonyme Anfrage rein. Wir wussten nur, dass es ein amerikanisches Unternehmen ist.» Stieger ist die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit der Stadt. Fast ein Jahr betreute ihr Büro die Zusammenarbeit mit Intel, bevor die Öffentlichkeit von dem Projekt erfuhr – ein Stein sei ihr vom Herzen gefallen, als es so weit war.

Stieger wäre in einem anderen Leben vielleicht Moderatorin eines Politmagazins geworden. Oder Turniereiterin, beides würde zu ihr passen. Neben der Tür von Stiegers Büro hängt eine Karte von Magdeburg. Als es um den Standort der Intelfabrik geht, steht sie auf und deutet auf die Stellen, wo Intel bauen wird. Die Fläche liegt nahe beim Stadtteil Eulenberg. Am Stadtrand, bei der Autobahn 14 und der Bundesstraße 81. Es geht um 380 Hektar allein für die Fabrik.

Stieger kommt aus dem Harz, hat eine Wende-biografie. «Der Osten war immer sehr fleißig», sagt sie. «Und dann mitansehen zu müssen, wie nach der Wiedervereinigung eine Insolvenzwellen nach der

anderen über die Menschen rollte und ein Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft stattfand. Das war schon bitter.» Dass jetzt ein großes Unternehmen hier etwas aufbauen wolle, sei absolut gerechtfertigt. Die Stadt steht nun vor einer bedeutenden Transformation. Sowohl in Bezug auf die Infrastruktur als auch auf die Demografie.

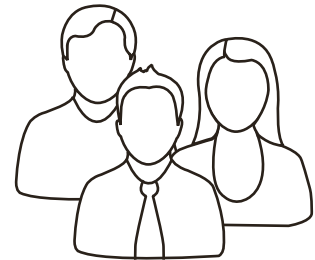
Bei seiner Präsentation hatte der Intel-Chef 10.000 neue Arbeitsplätze angekündigt. «Vielleicht werden es 20.000, vielleicht nur 5.000», sagt Stieger. Das sei zwar ein Blick in die Kristallkugel, aber man brauche Zahlen für die Planung, so die Wirtschaftswissenschaftlerin. Und der Wohnraum für die neuen Bewohner sei da: Es gebe viele freie Flächen, viel Potenzial für Verdichtung. «Das ist positiv. Wir müssen die Stadt nicht nach außen erweitern, sondern können im Stadtgebiet bauen.» Das soll auch eine soziale Durchmischung garantieren. Neben Wohnraum sollen Büros, Kindergärten und Schulen gebaut werden. «Wir werden jünger werden und das Durchschnittseinkommen wird steigen», ist Stieger überzeugt.

Doch Fachkräfte stehen nicht Schlange, um in Deutschland zu arbeiten. Angelsächsische oder hispanophone Länder haben für viele Menschen allein aufgrund der fehlenden Sprachbarriere eine höhere Attraktivität. Die Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität soll daher bei der Besetzung der Stellen eine wichtige Rolle spielen. An einem Dezemberabend im vergangenen Jahr nimmt sich Jens Strackeljan, Rektor der Uni mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt, Zeit für ein Gespräch. Strackeljan, weißes Hemd mit Brusttasche, darüber Sakko, sitzt auf einer schwarzen Ledercouch Platz zu nehmen. Heller Holzboden, weiße Wände, gut beleuchtet und Glaselemente: Das Büro des Rektors wirkt einladend. So soll Magdeburg «noch mehr» werden, wenn es nach Strackeljan geht. Er bewertet das Projekt Intel positiv. «Die Nachfrage nach MINT-Studiengängen ist



7.000
Baugewerbe-
Jobs

3.000
High-Tech-
Jobs



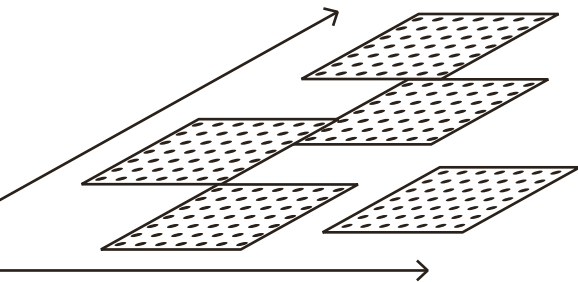
17
Milliarden Euro
Investitionssumme
in der ersten Phase

Intel-Ansiedlung in Zahlen

Quelle: Landeshauptstadt Magdeburg
<https://www.magdeburg.de/Wirtschaft-Arbeit/Intel/>

schwierig. Gleichzeitig beobachten wir eine stärker werdende Regionalisierung der Universitäten», sagt Strackeljan. 4.000 internationale Studierende habe er an seiner Uni, viele davon aus Asien. «Wir hatten für die Internationalen bisher nur wenig Anschlussfähigkeit an den lokalen Arbeitsmarkt. Und da könnte mit Intel und den Unternehmen, die auch im Sog von Intel kommen, eine Menge möglich werden.»

Eine gute Arbeit ist eine Sache, die Attraktivität Magdeburgs für People of Color eine andere. Die Stadt sei dahingehend in einem «sehr dynamischen Transformationsprozess», so Strackeljan. «Und dann darf es nicht sein, dass es in Magdeburg No-Go-Areas gäbe.» Er benutze bewusst den Konjunktiv, wolle aber auch Probleme mit Rassismus nicht verneinen. In einem Studentenwohnheim der Hochschule Magdeburg-Stendal gab es im Mai des vergangenen Jahres rechts-extreme und antisemitische Schmierereien, es wurde zur Tötung von Juden aufgerufen und im Waschraum des Wohnheims legten Unbekannte ein Feuer, wie die *Magdeburger Volksstimme* berichtete. Im Juni fand man auf dem Campus der Hochschule Kleber der neurechten Gruppe «Gegenuni». Die AfD holte in Magdeburg bei der Bundestagswahl 2021 15,1 Prozent der Stimmen.

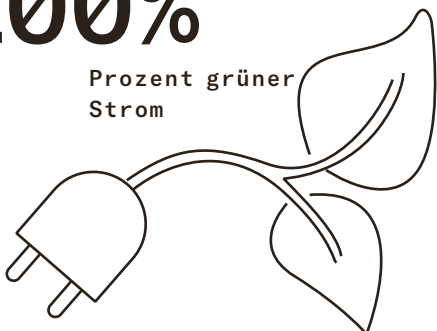


450

Hektar
Intel-Fläche

100%

Prozent grüner
Strom



Dennoch sieht Strackeljan die Stadt auf einem guten Weg. Auch dank Intel. Aktuell befindet sich vor der Uni eine Baustelle. Mit Stolz in der Stimme erzählt Strackeljan von dem Projekt: «Das wird unser Welcome Center.» Hier soll es Serviceangebote rund ums Ankommen in der Stadt und der Universität geben.

Ein weiterer Plan für eine bessere Willkommenskultur: ein Internationales Haus. Dort sollen ein Bürgerbüro und Teile der Ausländerbehörde einziehen, um ausländische Fachkräfte beim Ankommen zu unterstützen. Das sei auch nötig, findet Rektor Strackeljan. «Ich habe von einem Studierenden gehört, der seit drei Monaten auf einen Termin bei einer Behörde wartet. Davon hängen Bafög-Zahlungen und viele wichtige Dinge ab.»

Auch Madeleine Linke findet das Vorhaben gut. Sie ist Landesvorsitzende der Grünen in Sachsen-Anhalt und Stadträtin in Magdeburg. Andere Transformationsprozesse bewertet sie kritischer als CDU-Frau Stieger. «Wir sehen das Projekt Intel mittlerweile positiv. Aber es gibt Dinge, wo man ganz genau hinschauen sollte.» Eines dieser Dinge, die Linke meint, ist die soziale Durchmischung. «Auch wenn die Stadt es nicht gerne hört: Es gibt schon jetzt Gentrifizierung bei uns.» Die Mieten seien kontinuierlich gestiegen, auch unabhängig von der Inflation. Man müsse aufpassen, dass keine Quartiere entstehen, wo nur «Intelaner» wohnen. «Wir brauchen den sozialen Wohnungsbau, genauso wie hochwertige Immobilien», so Linke. Das habe der Stadtrat als Beschlusslage auch so festgehalten.

Linke, grauer Cardigan und gemusterte Bluse, ist in Elternzeit. Doch um über Intel zu sprechen, kommt die junge Mutter extra ins Rathaus. Sie schließt einen Konferenzraum auf, in dem ihre Fraktion tagt. Linke ist Anfang 30 und Vollzeitpolitikerin. Ihr wichtigstes Thema als verkehrspolitische Sprecherin Magdeburgs: die Mobilitätswende.

Derzeit ist die Straßenbahn das wichtigste Verkehrsmittel in Magdeburg. Breite Straßen prägen die Stadt, ein Überbleibsel der DDR. Und eine gute Grundlage für Fahrradstraßen. «Wir haben dieses Jahr einen neuen Verkehrsentwicklungsplan beschlossen und Intel mit aufgenommen», sagt Linke. Ziele sind Klimaneutralität, Stärkung des Radverkehrs und des ÖPNV, aber auch Förderung von Carsharing. In Planung ist ein Radschnellweg durch die Stadt zur neuen Fabrik. «In dem Prozess hat uns Intel unterstützt.» Der Stadtrat habe beschlossen, dass 30 Euro jährlich pro Bürger in den Radverkehr investiert werden. Dass Intel nach Magdeburg kommt, habe den Prozess beschleunigt. «Wir sind auf einem guten Weg, vielleicht bald eine Fahrradstadt zu werden», sagt Linke.

«Wir sehen das Projekt Intel mittlerweile positiv. Aber es gibt Dinge, wo man ganz genau hinschauen sollte.»

Madeleine Linke, Landesvorsitzende
der Grünen in Sachsen-Anhalt

Doch bei allen Chancen gibt es auch Risiken und ungeklärte Fragen bezüglich der Umweltbelastungen für die Region. Der Deutschlandfunk hat recherchiert, dass ein vergleichbares Werk in Irland 600.000 Kubikmeter Wasser im Monat verbrauche. Das seien fast 70 Prozent des jährlichen Wasserverbrauchs Magdeburgs. «Intel will 90 Prozent des verbrauchten Wassers wiederverwerten», sagt Linke. Tatsächlich plant das Unternehmen den Bau einer riesigen Recyclinganlage. Dennoch stellt sich die Frage, wo das Wasser herkommen soll.

Christian Kunz ist Landesgeschäftsführer vom BUND Sachsen-Anhalt – und skeptisch in Bezug auf Intel. Das Bundesland hat schon länger ein Problem mit Trockenheit. «Bereits heute wird für die Trinkwasserversorgung mehr Wasser entnommen, als im Grundwasser nachgebildet werden kann», sagt der Wasserwirtschaftler. Das sei noch nicht dramatisch, da man immer wieder mit Nassphasen rechnen könne, in denen der Grundwasserspiegel steige. Garantiert sei das jedoch nicht. «Die Trinkwasserversorgung ist derzeit gesichert, auch mit Intel. Der andere Aspekt ist die Ökologie», sagt Kunz. Es kämen immer längere Trockenphasen auf die Region zu. Deswegen müsse Intel Klarheit schaffen, wie die Wasserwirtschaft der Fabrik funktionieren wird. Biotope wie Tümpel, aber auch die Elbe seien auf eine konstante Grundwasserversorgung angewiesen.

Der Feldhamster hingegen ist von einem anderen Effekt des Fabrikbaus betroffen: der Flächenversiegelung. Kunz rechnet mit 1.000 Hektar Fläche, die für das Projekt Intel versiegelt werden. «Bei allen Krisen, die wir gerade haben, einen hochwertigen Boden wie die Börde zu vernichten. Das ist schon denkwürdig.» Und die Versiegelung ist auch für die Landwirte der Region ein Problem. Die Bauern erhalten ein Vielfaches des regulären Bodenpreises. Doch um ihre Betriebe langfristig rentabel zu machen, müssen sie Ausgleichsflächen kaufen. Man muss kein Wirtschaftsgenie sein, um das Problem zu erkennen: Die Fläche, die zur Verfügung steht, ist begrenzt. Und wer vorne mitbieten will, der muss einen Großteil des Intel-Geldes wieder reinvestieren.

Trotz aller Probleme: Die Fabrik hat einen großen Nutzen für die Region, die sich lange abgehängt fühlte. Damit eine ökologisch-soziale Transformation gelingt, müssen allerdings viele Fragen geklärt werden. In der Bringschuld sind vor allem Intel und das Land Sachsen-Anhalt. Der Feldhamster und seine tierischen Nachbarn könnten wohl auf Intel verzichten. Mit Computerchips können sie nichts anfangen.

Jannis Holl ist Absolvent der Deutschen Journalistenschule und lebt als freier Journalist in München.



Die Intel-Fabrik wird viel Wasser benötigen. Niemand weiß so richtig, wo es herkommen soll.

Text: Jan Philipp Albrecht

Stärke kann nur aus der Erneuerung kommen: Die EU muss mehr in die Energiewende und den Klimaschutz investieren. Sie muss mit Partnern kooperieren, die unsere Werte teilen – und dafür Sorge tragen, dass am Ende alle am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben.

Ein Zukunftsvertrag für Europas Wohlstand

Mit dem Inflation Reduction Act hat die Biden-Administration eine neue Investitionsoffensive für die US-Wirtschaft mit dem Ziel beschlossen, die Dekarbonisierung voranzutreiben und die USA als Industriestandort zu stärken. Sie setzt damit den Rest der Welt unter Zugzwang. Viele Stimmen in Europa und auch in Deutschland rufen nun nach einer Schutzreaktion, um die hiesige Industrie vor Wettbewerbsnachteilen zu bewahren. Doch vieles wirkt kopflos und wenig selbstbewusst: Auch die Europäische Union investiert schließlich sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene viel in die Förderung ihrer eigenen Wirtschaft. Zudem musste Präsident Biden sich das Investitionspaket innenpolitisch teuer erkaufen: Die Buy-American-Klauseln sind so strikt, dass auf längere Sicht eine handelspolitische Isolation der USA und weitere Lieferengpässe bei dringend nötigen Industrievorprodukten zu befürchten wären – für die EU gälte dies bei ähnlichen, von den USA abgekupferten Maßnahmen umso mehr.

Für Europa wäre daher eine selbstbewusste und konsequente Weiterentwicklung der bereits ergriffenen Maßnahmen auf Basis des von der Kommission vorgelegten Green Deal Industrial Plan der richtige Weg. Erstens: Die Investitionsmittel für die Energiewende und Klimaschutz müssten deutlich ausgeweitet und auf konkrete Technologien der Treibhausgasreduktion ausgerichtet werden, um die Dekarbonisierung zum Markenkern der europäischen Wirtschaft und Industrie zu machen. Zweitens: Statt einer reflexhaften Lokalisierungsinitiative à la «buy European» sollte die EU auf ihre eigenen Stärken in der Verarbeitung und auf Produktionspartnerschaften mit Ländern setzen, die unsere Grundwerte von Demokratie, Nachhaltigkeit und Rechtsstaatlichkeit teilen. Drittens: Ausgehend von temporären Modellen wie dem als «Übergewinnsteuer» bekannt

gewordenen Solidaritätsbeitrag wäre eine neue, auf Dauer angelegte Zusammenhalts-Offensive in der Europäischen Union ein zentraler Baustein, um den erneuerten Wohlstand für alle zugänglich zu machen.

Mit diesem Dreiklang würde das Fortschrittsversprechen der Europäischen Union mit neuem Leben gefüllt. Über 70 Jahre nach Gründung der ersten Europäischen Gemeinschaften hat der Glaube daran gelitten, dass die europäische Einigung neuen Wohlstand schafft und dieser allen Menschen gleichermaßen offensteht. Der Grund dafür, dass sich zuletzt immer mehr europäische Regierungen von der EU abwenden, liegt nicht zuletzt darin, dass Deutschland mehr als andere vom europäischen Binnenmarkt und der Einführung des Euro profitiert hat. In nun über 20 Jahren hat Deutschland mit etwa zwei Billionen Euro den EU-weit größten Wohlstandsgewinn durch die gemeinsame Währung eingefahren. Auch von künftigen Integrationsschritten wird die deutsche Volkswirtschaft im Zentrum des Binnenmarkts besonders profitieren.

Umso wichtiger wäre es nun, dass Deutschland gemeinsam mit Partner*innen aus dem Osten, Westen, Süden und Norden Europas für eine gemeinsame Perspektive auf dem Weg durch die anstehenden Transformationsjahre eintritt. Dabei müssen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung tatsächlich für alle Teile Europas geschaffen und die Teilhabe an einem neuen Wohlstand auf Basis von erneuerbaren Energien und technologischer Entwicklung für alle umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die anstehenden Investitionen in neue Infrastrukturen und Wertschöpfungsmöglichkeiten bereits jetzt verbunden werden müssen mit der Absicherung künftigen Allgemeinwohls und sozialer Sicherungssysteme. Hier hat die Europäische Union schon länger einen großen Nachholbedarf, um

den grenzübergreifend geschaffenen Wohlstand auch grenzübergreifend zugänglich zu machen.

Um neuen Wohlstand zu schaffen, gilt es allerdings zunächst anzuerkennen, dass die bisherige alte Grundlage für Wohlstand eben nicht mehr zukunftsfähig ist und es kein «Weiter so» in leicht veränderter Form geben kann. Wer glaubt, es genüge, das bisherige Fortschrittsnarrativ der Moderne schlicht ein wenig mit den aktuellen technologischen Trends zu verknüpfen und zu behaupten, die Krisen der Gegenwart seien bloß «dornige Chancen» für ein paar junge Startups, der verkennt die radikale Realität des fortschreitenden Klimawandels, des Artensterbens und der damit bereits heute einzupreisenden, massiven Folgen für den Menschen und seine Lebens- und Wirtschaftsgrundlage.

Ein erneuertes Fortschrittsnarrativ wird bereits jetzt anerkennen müssen, dass Fortschritt allein durch Wachstum und Wettbewerb nicht mehr nachhaltig zu erreichen sein wird und stattdessen die Kooperation über Sektoren, Disziplinen und Weltregionen hinweg zum entscheidenden Erfolgsfaktor wird. Ein ergebnisoffenes Ausprobieren verschiedener Technologien ist bereits jetzt nicht mehr ohne Weiteres möglich, wenn die Transformationsszenarien zur Erreichung der Klimaziele gelingen sollen. Wirtschaftlicher Wohlstand wird maßgeblich daran gemessen werden, ob es gelingt, die komplexen Umstellungsprozesse aller Sektoren – gerade auch der Transport- und Nahrungsmittelsysteme – auf eine konsequente Dekarbonisierung auszurichten.

Dies ist nur durch massive Investitionen in die konkrete Umstellung aller Wertschöpfungsprozesse zu erreichen. Dafür gilt es aber zunächst, jene Aufgaben zu erledigen, die nicht Ziel, sondern Voraussetzung eines erneuerten Wohlstandsmodells Europas sind: Der konsequente, weitere Ausbau der Erneuerbaren, die Elektrifizierung des Verkehrs, der Aufbau von europaweiten Netz- und Speicherkapazitäten, die Entwicklung von Wasserstoffinfrastruktur, die Weiterverarbeitungskette der erneuerbaren Energien – wer dies nicht zügig umsetzt, braucht nicht in Einzelprojekte zu investieren, deren Wettbewerbsfähigkeit ohne die oben genannte Infrastruktur nicht gesichert werden kann.

«Es gibt sie, die Ideen und Konzepte, die die zentralen Herausforderungen an der Schnittstelle von Transformation und Zusammenhalt grundlegend angehen.»

Entscheidender Faktor dabei wird die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sein, deren Mangel einer erfolgreichen Transformation das Genick brechen kann. Im kommenden EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation braucht es eine massive Kampagne, um etwa Frauen viel stärker für dringend benötigte und gut bezahlte Jobs der ökologischen Transformation von Industrie und Infrastruktur zu qualifizieren. Gleichzeitig gilt es für Europa, die künftige Grundlage für einen erneuerten Wohlstand in Kooperation mit anderen Teilen der Welt zu schaffen und damit Resilienz gegenüber Konkurrenten wie China aufzubauen, die unter anderem auch deshalb in diese Infrastrukturen weltweit investieren, um eine wettbewerbsfähige Konkurrenz zum Wirtschafts- und Wertemodell Europas zu verankern und die Demokratien gezielt zu schwächen.

Dieser historische Neuaufbruch Europas in Richtung eines neuen Wohlstandsmodells bedarf vor allem eines neuen Teilhabennarrativs, gerade weil sich viele Teile des bisherigen Wohlstandsmodells und damit auch viele individuelle Lebensgrundlagen stark verändern. Als die Europäische Kommission mit der Bolkestein-Richtlinie eine weitgehende Liberalisierung des Dienstleistungssektors im gemeinsamen Binnenmarkt vollzog, blieb die Sozialpolitik als Achillesferse der EU. Auch mit dem Vertrag von Lissabon wurden zwar Rechtsstaat und Demokratie im bisherigen Wirtschaftsbündnis verankert. Doch die Dimension des Zusammenhalts und der Teilhabe am Fortschritt blieb – und bleibt bis heute – neben einigen anderen Politikbereichen eine Bastion nationalstaatlicher Eigenständigkeit.

Das hatte und hat einen hohen Preis. Denn in Zeiten global vernetzter Wertschöpfungsketten sind die Nationalstaaten alleine unfähig, eine stabile soziale Perspektive und eine faire Verteilung des Wohlstands zu garantieren. Auf diese Handlungsunfähigkeit der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft lauern die erstarrenden, autokratischen und illiberalen Kräfte. Sie stellt damit eine große Gefahr für den Erfolg der Transformation hin zu einem erneuerten Wohlstandsmodell Europas dar.

Doch es gibt sie, die Ideen und Konzepte, die die zentralen Herausforderungen an der Schnittstelle von Transformation und Zusammenhalt grundlegend angehen. Ein Beispiel für eine solche Idee wäre die Einführung eines europäischen Staatsfonds, der aus künftigen Gewinnen im Energiesektor gespeist würde. Aktuell stehen zwar Instrumente wie eben die Abschöpfung von Übergewinnen und die zunehmende Bepreisung fossiler Energieträger im Vordergrund. Absehbar wird allerdings der massive Ausbau erneuerbarer Energien zu geringeren Energiepreisen führen. Die sich daraus – ebenso wie aus der zunehmenden Automatisierung – ergebenden Wohlstandszugewinne könnten zur Grundlage einer europäischen sozial-ökologischen Marktwirtschaft der Zukunft gemacht werden.

Der entscheidende Integrationsschritt hierfür wäre allerdings die Ermöglichung gemeinsamer Steuern durch die EU, also nicht nur die vage Harmonisierung des Steuerrechts. Mit der Einführung eines direkt gespeisten europäischen Fonds wäre nicht nur eine ganz neue Dimension gesellschaftlichen Wohlstands erschaffen. Zusätzlich wäre die Europäische Union im Leben aller ihrer Bürger*innen wahrnehmbar nah. Vor allem aber würden umfassende Investitionen in die ökologische Transformation und den technologischen Wandel von heute verbunden mit einer Aussicht für diese und auch für die kommenden Generationen: Dass nämlich die mit den Investitionen und Strukturveränderungen verbundenen Lasten auch mit Zugewinnen für alle einhergehen. Das wäre ein Zukunftsvertrag, der seinen Namen verdient.

Text: Armin Steuernagel

Es bleibt in der Familie, so oder so



Umweltschützer, Unternehmer und Philanthropen: Der Gründer des Outdoor-Herstellers Patagonia Yvon Chouinard (links) zusammen mit Chris Tompkins (Ex-CEO Patagonia) und ihrem 2015 verstorbenen Mann Doug Tompkins ("The North Face") in Tierra del Fuego, Chile. 2001

Eigentum muss nicht allein der Profitmaximierung gewidmet sein. Auch ein werteorientiertes Wirtschaften ist möglich. Mit Verantwortungseigentum.

In einer Sache sind sich die allermeisten Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einig: Wir befinden uns inmitten eines Transformationsprozesses. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen werden nicht kleiner, und in vielerlei Hinsicht gilt es, neu zu denken. In diesem Zusammenhang ist eine bestimmte Unternehmensform nicht mehr wegzudenken aus der Debatte um werteorientiertes Wirtschaften, die unter dem Schlagwort Verantwortungseigentum bekannt geworden ist und nicht nur in Deutschland, sondern weltweit Beachtung findet. Der Outdoor-Hersteller Patagonia stellte sich mit einem Paukenschlag vergangenen September entsprechend auf – und der *Spiegel* titelte kürzlich bereits über den «Wirtschaftstrend Verantwortungseigentum». Worum geht es dabei? Im Kern um ein treuhändisches Eigentumsverständnis, bei dem Kontrolle und Vermögen langfristig an ein Unternehmen gebunden bleiben und der Fokus unwillkürlich auf den Zweck oder auch Purpose des Unternehmens ausgerichtet ist.

Das Problem: Dieses Eigentumsverständnis ist nicht ohne Weiteres umsetzbar, denn das deutsche Gesellschaftsrecht sieht eine langfristig rechtlich verbindliche Vermögensbindung nicht vor. Weil aber der Bedarf in der Unternehmerschaft nach einer Option in Sachen neuer Eigentumsformen immer größer wird, hat die amtierende Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass sie eine neue Rechtsform für Unternehmen in Verantwortungseigentum auf den Weg bringen will: «Zu einer modernen Unternehmenskultur gehören auch neue Formen wie Sozialunternehmen oder Gesellschaften mit gebundenem Vermögen. [...] Für Unternehmen mit gebundenem Vermögen wollen wir eine neue geeignete Rechtsgrundlage schaffen, die Steuerspar-konstruktionen ausschließt», heißt es da.

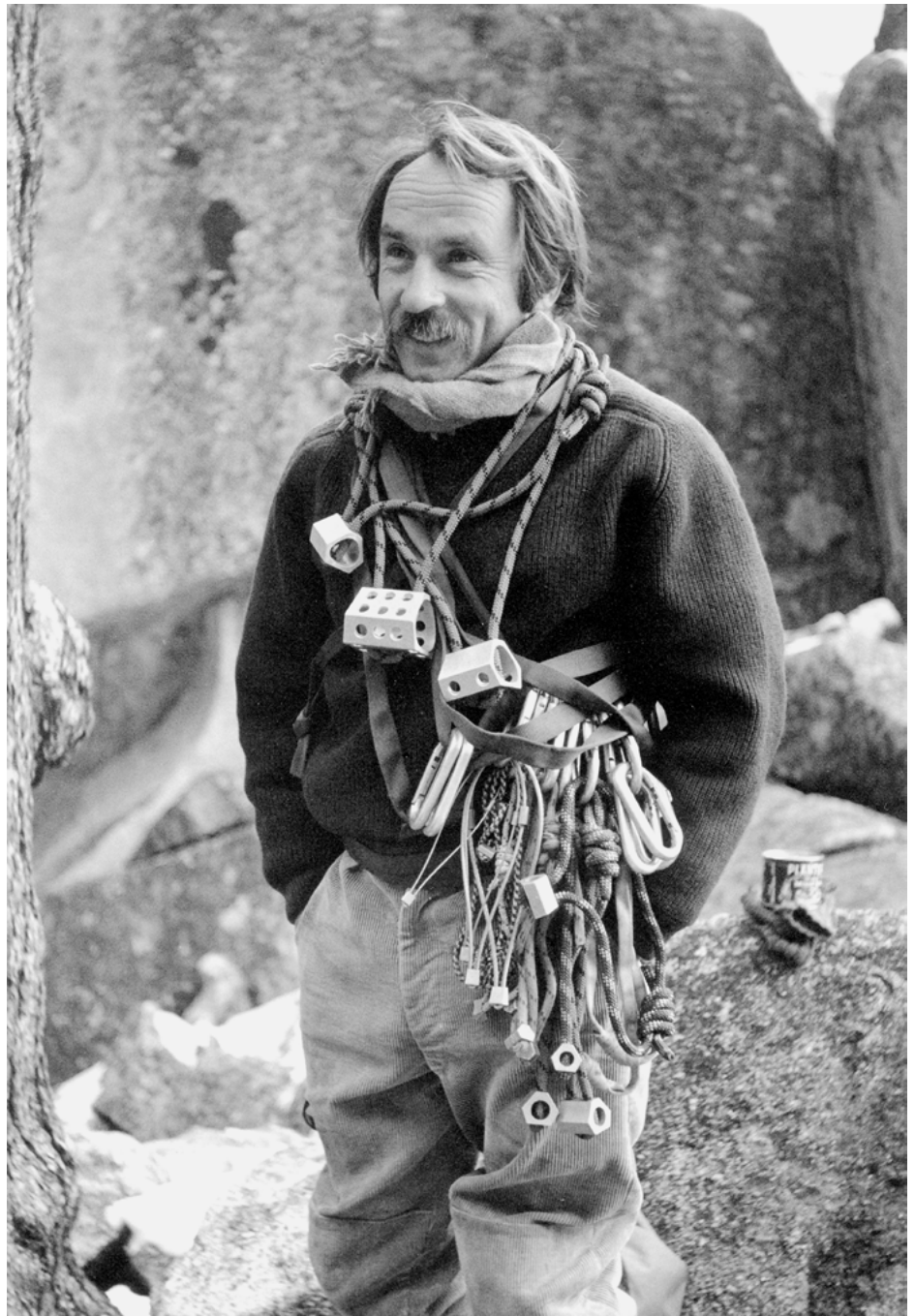
Das braucht es dringend – denn hinter einer «Gesellschaft mit gebundenem Vermögen» steckt zweierlei, das für die Wirtschaft der Zukunft von großer Bedeutung sein wird: Zum einen wird so die längerfristige Perspektive des Unternehmens gestärkt. Nicht der kurzfristige Shareholder Value, sondern die ökonomisch nachhaltige Entwicklung des Unternehmens und seine Unabhängigkeit stehen im Vordergrund. Zum Zweiten lenkt die Bindung von Vermögen und Gewinnen die unternehmerische Aufmerksamkeit auf den Zweck und die Aufgabe des Unternehmens. All das funktioniert über zwei zentrale Prinzipien, die in der Eigentümerstruktur, also im Betriebssystem des Unternehmens, rechtlich verbindlich verankert werden: Das Prinzip

der Vermögensbindung besagt, dass Vermögen und Gewinne immer an das Unternehmen gebunden bleiben und nicht von den Eigentümern für privatkonsumtive Zwecke entnommen werden können. Gewinne werden reinvestiert, zur Deckung von Kapitalkosten oder für höhere Mitarbeitergehälter verwendet – oder auch gemeinnützig gespendet. Sie sind kein Selbstzweck, sondern stets Mittel zum Zweck. Die Mehrheit der Stimmrechte liegt immer in den Händen von Menschen, die mit dem Unternehmen verbunden sind – es gilt das Prinzip der Selbstbestimmung. Das Unternehmen wird nicht mehr

automatisch vererbt, sondern innerhalb einer Art Werte- und Fähigkeitenfamilie treuhändisch weitergegeben.

Unternehmen finden keine Nachfolger in der Familie

Das bringt auf vielen Ebenen Vorteile mit sich. Zunächst ist das Konzept aus zwei Perspektiven interessant. Zum einen für sinnorientierte Start-ups, die keinen gewinnbringenden Exit anstreben, sondern etwas verändern und dabei selbstbestimmt bleiben wollen. Mittels der Prinzipien von Verantwortungseigentum können sie



Yvon Chouinard gründete Patagonia 1973. Nun hat er seine Firma dem Umweltschutz vermacht. Yosemite, Kalifornien. 1974

«Verantwortungseigentum ist eindeutig ein Weg in die Zukunft. Wo ist also der Haken an all dem? Nun, aktuell hängt es an der Politik.»

rechtsverbindlich das Versprechen an Kunden, Mitarbeiterinnen und andere Stakeholder geben, dass Gewinne nicht entnommen werden, sondern in die Sache fließen. Zum zweiten bietet Verantwortungseigentum für Mittelständler und Familienunternehmen eine wertvolle Option für die Nachfolgeregelung: Eine steigende Zahl solcher Unternehmen findet in der Familie keine passenden Nachfolger mehr. Und fähige Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter müssten die Firma erst kaufen und sich verschulden. Der letzte Notausgang, der in dieser Situation bleibt, ist der Verkauf an Externe. Das wollen viele mittelständische Familienunternehmer:innen aber nicht, denn sie fürchten um ihr Lebenswerk.

Verantwortungseigentum bietet hier eine wichtige Alternative: Da das Unternehmen treuhändisch geführt wird, kann es auch von fähigen und werteverwandten Menschen einfach übernommen werden – sozusagen von geistigen Erben, nicht leiblichen, und das, ohne es teuer kaufen zu müssen. Auf diese Weise bleibt die Firma auch künftig vor Spekulation geschützt und langfristig unabhängig. Was der Familienunternehmer qua Tradition gelebt hat, gilt für die gefundenen Nachfolgerinnen rechtsverbindlich: Sie können das treuhändische Eigentum nicht versilbern. Um Schweiß, Blut und Tränen in der Gründungszeit zu honorieren, kann natürlich eine passende Kompensation erfolgen. Und die neuen Verantwortungseigentümer müssen nicht asketisch leben, weil sie des Zugriffs auf die Vermögenswerte entbehren – sie können gut verdienen, allerdings dürfen marktübliche Vergütungen nicht überschritten werden. Der Bedarf im Mittelstand ist riesig: Laut einer Allensbach-Studie können sich 42 Prozent der befragten Familienunternehmer:innen Verantwortungseigentum als

Nachfolgelösung vorstellen und 72 Prozent sind für die Einführung einer dazu passenden neuen Rechtsform.

Neben den schon skizzierten Vorteilen kann Verantwortungseigentum weitere Effekte nach sich ziehen, die unternehmerisch, ökonomisch und gesellschaftlich wünschenswert sind. In Dänemark beispielsweise ist Verantwortungseigentum aufgrund eines für seine Umsetzung geeigneteren Stiftungsrechts wesentlich häufiger vorzufinden. Und dänische Studien zeigen: Diese Unternehmen sind diverser aufgestellt, sie agieren nachhaltiger, sind langlebiger, krisenresilienter und innovativer. Zudem weisen sie eine geringere Mitarbeiterfluktuation auf – es geht häufig gerechter zu. Das liegt ein wenig auf der Hand: Gewinne werden ja nicht abgeschöpft, sondern reinvestiert. Der Spielraum für Gehaltserhöhungen ist größer. Auch insgesamt weitet sich der Gestaltungsspielraum. Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, sieht daher in Verantwortungseigentum eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft. Er beobachtet, «dass wir Unternehmen haben, die langfristiger orientiert sind, die auch resilienter sind gegenüber Schocks, gegenüber Rezession, gegenüber Krisen. Das bedeutet auch, dass wir letztlich mehr Innovationskraft haben.»

Eindeutig ein Weg in die Zukunft. Wo ist der Haken?

Verantwortungseigentum ist eindeutig ein Weg in die Zukunft. Wo ist also der Haken an all dem? Nun, aktuell hängt es an der Politik. Denn Verantwortungseigentum ist nur über Umwege umsetzbar. Innovative Start-ups wie Einhorn und Vylid beispielsweise nutzen ein Veto-Modell der Purpose-Stiftung, eine Art Hack im rechtlichen System, das, wie eingangs erwähnt, weder

Vermögensbindung noch treuhändische Weitergabe ohne Weiteres vorsieht. Und große Pioniere wie Bosch oder Zeiss haben Stiftungsstrukturen gewählt, um ihren Unternehmenszweck und ihre Unabhängigkeit abzusichern. Das ist für Mittelständler und Start-ups kein gangbarer Weg. Zum einen sind Stiftungskonstrukte zu komplex und teuer, zum anderen ist das deutsche Stiftungsrecht – anders als in Dänemark – nicht zum Halten von Unternehmen gemacht. Es ist zu starr und zu wenig kompatibel mit unternehmerischem Denken. Laut Umfragen empfinden dies auch Unternehmerinnen und Unternehmer so. Mehr als 1.200 von ihnen haben sich daher zusammengesetzt, um die neue Rechtsform zu fordern: die Gesellschaft mit gebundenem Vermögen. Nur sie würde es Unternehmen in der Breite ermöglichen, ein treuhändisches Eigentumsverständnis umzusetzen – als eine weitere Option im Kanon der Rechtsformen. Die Ampelkoalition hat das Problem erkannt und Abhilfe versprochen. Nun ist es an der Zeit, das Versprechen einzulösen.

Armin Steuernagel ist Geschäftsführender Vorstand der «Stiftung Verantwortungseigentum» und mehrfacher Unternehmensgründer.

Auch Wohlfahrt muss nachhaltiger werden

Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, müssen wir auch über neue sozial-ökologische Infrastrukturen nachdenken. Universelle Grunddienstleistungen können nachweislich hilfreich sein.



Reisende am Hauptbahnhof in Hannover. August 2022

Text: Milena Büchs

Wir wissen, dass sich alles ändern muss. Noch immer aber sind zentrale gesellschaftliche Institutionen und Sozialstrukturen davon abhängig, dass die Wirtschaft wächst. Und sie sind sogar selbst darauf ausgerichtet, Wachstum zu fördern. Unsere bisherige fossile Art, Wachstum zu generieren, ist aber klimaschädlich und kann so nicht weitergehen. Mit der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge eines rasanten Umbaus hin zur Dekarbonisierung und Digitalisierung aller Lebensbereiche stellt sich darüber hinaus die Frage des Zusammenhalts in Deutschland, Europa und weltweit mit zunehmender Dringlichkeit: Welche Systeme und welche Institutionen garantieren Teilhabe am Wohlstand und soziale Sicherung auch unter den veränderten Rahmenbedingungen der Zukunft? Wer darauf Antworten geben will, muss auch über sozial-ökologische Infrastrukturen neu nachdenken.

Der Ansatz der «nachhaltigen Wohlfahrt» («sustainable welfare») kann hier hilfreich sein. Er zielt darauf, politische Maßnahmen und wirtschaftliches Handeln neu auszurichten und die Grundbedürfnisse aller Menschen zu erfüllen, ohne dabei die Grenzen des Planeten zu überschreiten. Dieser neue Ansatz der Verhältnisbestimmung von Wertschöpfung, Wohlstand und Wohlfahrt priorisiert ökologische und soziale Ziele gegenüber dem Wirtschaftswachstum: Menschliche Grundbedürfnisse müssen befriedigt werden, die Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten muss gewährleistet und eine demokratische Entscheidungsfindung in Politik und Wirtschaft ermöglicht werden.

Sozialleistungen stärker von der Erwerbstätigkeit entkoppeln

Kann Wertschöpfung überhaupt ohne die enge Koppelung ans Wachstum funktionieren? Und: Wie organisieren wir den Sozialstaat, wenn wir ihn unabhängig von klimaschädlichen Strukturprinzipien machen wollen? Der Ansatz der nachhaltigen Wohlfahrt macht mehrere Vorschläge. So könnten zum Beispiel

zur Finanzierung sozialer Maßnahmen jene Finanzquellen stärker in Anspruch genommen werden, die weniger vom Wachstum abhängen. Beispiele sind Steuern auf Vermögen, Boden und Erbschaften. Die Besteuerung von Kohlendioxid und fossilen Energieträgern könnte vorübergehend – solange fossile Brennstoffe noch verwendet werden – eine größere Rolle bei der Finanzierung von sozialen und ökologischen Maßnahmen spielen. Staatliche Subventionen für Hochemissionsindustrien müssten abgebaut werden und könnten stattdessen für soziale und ökologische Zwecke verwendet werden.

In einem nachhaltigen Wohlfahrtskontext könnten Sozialleistungen stärker von der Erwerbstätigkeit entkoppelt werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen gehört zu den gängigen Vorschlägen, unterstützt durch Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit. Diese Maßnahmen könnten unnötigen Konsum und damit verbundene Emissionen verringern – und Zeitressourcen für sozial und ökologisch notwendige Tätigkeiten bereitstellen. Die Sozialausgaben könnten zudem grundlegender verringert werden, indem man eine ebenmäßigere Verteilung von Einkommen und Kapital herstellt und die Wirtschaft an sozialen und ökologischen Zielen orientiert.

Grundbedürfnisse der Menschen effektiver und umweltfreundlicher befriedigen

Seit Kurzem wird auch vermehrt der vom Institute for Global Prosperity am University College London vorgelegte Vorschlag für universale Grundleistungen diskutiert. Universale Grundleistungen bestehen bereits in vielen Ländern für Gesundheit und Bildung. Die Idee besteht darin, solche Leistungen auf die Versorgung mit Energie, Wasser, Transport und Internet auszuweiten – mit dem Ziel, die Grundbedürfnisse der Menschen effektiver und umweltfreundlicher befriedigen zu können. In einer unserer kürzlich durchgeführten Studien zeigen wir, dass die kostenlose Bereitstellung eines Grundbedarfs an öffentlichen Verkehrsmitteln und erneuerbarer Elektrizität in Europa erhebliche Emissionseinsparungen mit sich bringen (13,4 Prozent bei Elektrizität und 23,8 Prozent bei Autoemissionen) und gleichzeitig durch hohe Energiekosten verursachte Armut verringern könnte (4,1 Prozentpunkte in Bezug auf Kraftstoffkosten und 2,2 Prozentpunkte in Bezug auf Kosten für Mobilität). Einige Städte und Länder in Europa experimentieren bereits damit, öffentliche Verkehrsmittel umsonst oder stark subventioniert anzubieten, das 9-Euro-Ticket in Deutschland und kostenlose öffentliche Verkehrsmittel in Luxemburg und Tallin sind Beispiele.

Im Zuge der derzeitigen Energiekrise haben einige Regierungen, auch universelle – und meist temporäre – Maßnahmen für die Versorgung mit Elektrizität und Gas eingeführt, oft mittels Gutscheinen oder der Rückzahlung eines Grundbetrags der Energierechnung für jeden Haushalt. Die Bereitstellung von Grundleistungen ähnelt in mancher Hinsicht einem Grundeinkommen, würde Grundbedürfnisse aber direkter befriedigen, und diese Prozesse stärker demokratisch gestalten, anstatt sie dem Markt zu überlassen (jedenfalls dort, wo diese Sektoren nicht in der öffentlichen Hand liegen).

Auf eine gerechtere Gestaltung der Klimapolitik achten

In der Politik finden verwandte Ansätze wie «wellbeing economics» und «doughnut economics» vermehrt Gehör. Einige nationale und lokale Regierungen experimentieren bereits damit, indem sie verstärkt soziale und ökologische Indikatoren in die Formulierung und Evaluierung ihrer Politik einfließen lassen, wie zum Beispiel die «wellbeing economy governments» in Neuseeland, Finnland, Island, Schottland und Wales. Hinzu kommt eine Anzahl von Stadtregierungen, die Doughnut-Economics-Instrumente zur Evaluierung und Planung nutzen. Zum Beispiel hat Amsterdam im Jahr 2020 die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Stadt mithilfe des Doughnut-Economics-Ansatzes gemessen und darauf aufbauend eine Strategie für eine Kreislaufwirtschaft entwickelt, die darauf abzielt, Amsterdam bis 2050 zu einer 100 Prozent zirkulären und klimaneutralen Stadt zu machen.

Schon jetzt sollte aber dringend auf eine gerechtere Gestaltung der Klimapolitik geachtet werden – nicht zuletzt, um ihr zu einer größeren öffentlichen

Zustimmung zu verhelfen. Steuern auf Kohlendioxid oder Energie sind in vielen europäischen Ländern bei der Bevölkerung unbeliebt. Und tatsächlich belasten diese Steuern in Relation zum Einkommen meistens Geringverdienende stärker als Reichere. Eine Ausnahme bilden Steuern auf «Luxusgüter» wie Flüge, da Reiche wesentlich mehr fliegen als ärmere Leute: Während zum Beispiel in Großbritannien nur 17,5 Prozent der Haushalte im untersten Einkommensdezil mindestens einmal im Jahr im Flugzeug sitzen, sind es bei Haushalten im obersten Einkommensdezil 71,6 Prozent.

Grüne Technologien für Geringverdienende stärker subventionieren

Ungerechten Verteilungswirkungen von Umweltsteuern kann durch begleitende Maßnahmen entgegengewirkt werden, etwa durch eine Pro-Kopf-Rückverteilung von Steuereinnahmen an die Bevölkerung. Oder auch durch die bereits oben erörterte direkte Bereitstellung von universellen Grundleistungen. Zudem müssen grüne Technologien wie etwa Solarzellen, elektrische Autos und Wärmepumpen, von denen momentan vorwiegend reichere Leute profitieren, stärker für Geringverdienende subventioniert werden. Ähnliches gibt es schon in manchen Ländern, zum Beispiel kostenlose oder stark subventionierte Wärmedämmung und andere energiesparende Maßnahmen für Hausbesitzende in Großbritannien, die bestimmte Sozialleistungen beziehen.

Das Hauptargument der nachhaltigen Wohlfahrt ist also, dass soziale und klimapolitische Ziele vereinbar sind. Und unbedingt verbunden werden müssen, wenn der Kampf gegen die globale Erhitzung erfolgreich sein soll.

Milena Büchs ist Professorin für Sustainable Welfare an der Universität Leeds.

Text: David Löw Beer und Daniel Oppold

Diskutieren, gestalten, wirksam sein

Wie dialogorientierte Bürgerbeteiligung demokratisches Engagement und Kommunalpolitik stärken kann

Wie kann in Zeiten des Rechtspopulismus, von medialen Echokammern und abnehmender Bedeutung verbindender Institutionen wie Kirchen oder Gewerkschaften, Parteien und Vereinen eine am Gemeinwohl und demokratischen Prinzipien orientierte Verbindung zwischen den Bürger*innen entstehen? Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst-Wolfgang Böckenförde, beschreibt eindrücklich, dass Demokratien von Voraussetzungen abhängen, die sie selbst nicht verlässlich herstellen können: «Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der

moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.»

In den vergangenen Jahren haben vor allem Krisen wie der Klimawandel, die Corona-Pandemie oder der Angriffskrieg gegen die Ukraine zumindest für eine gewisse Zeit gesellschaftlich verbindend gewirkt. Bei all diesen Themen gibt es jedoch eine wachsende – mitunter sogar radikale – Ablehnung der Maßnahmen, die vonseiten des Staates ergriffen beziehungsweise nicht ergriffen werden, wie es etwa Stefan Goertz vor Kurzem in seiner Analyse zu den «Querdenkern» beschrieben hat.

Erfahrungen der Selbstwirksamkeit in politischen Prozessen ermöglichen

Unterschiedliche Positionen stellen an sich kein Problem, sondern eine zentrale Stärke von Demokratien dar, sofern es Begegnungsräume gibt, in denen Menschen friedlich und gleichberechtigt über den Umgang mit wichtigen Fragen ihres Zusammenlebens diskutieren können. Doch viele Menschen haben heute den Eindruck, dass diese Räume unerreichbar weit von ihnen entfernt sind. Sie finden sich und ihre Lebensrealitäten in den etablierten Gremien der repräsentativen Demokratie nicht wieder – ein fatales Symptom der vielbeschriebenen Krise der Demokratie.

Beteiligungsformate wie Bürgerräte zielen darauf ab, Diskursräume als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie (wieder) einzurichten. Mit dem Ziel, das Erfahrungswissen der Bürger*innen in beratender Form für politische Entscheidungen nutzbar zu machen – und zugleich den involvierten Bürger*innen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Zwischenzeitlich gibt es im ganzen Land auf allen politischen Ebenen viele Beispiele, die gelungen sind und die als Inspiration dienen können.

Auf kommunaler Ebene zählt hierzu etwa das Modellprojekt LOSLAND (www.losland.org). Im Rahmen des Projektes hatten zehn Kommunen in ganz Deutschland die Möglichkeit, einen «Zukunftsrat» zu erproben und Fragen rund um die Gestaltung einer «enkeltauglichen» Zukunft der Kommune zu entwickeln. Jede Kommune stellte eine Steuerungsgruppe zusammen, deren Aufgabe es war, die Fragestellung und das Vorgehen zu planen. Anschließend wurden für den Zukunftsrat etwa 20 Bürger*innen aus dem Melderegister gelost. Begleitet von einem professionellen Moderationsteam entwickelten sie Empfehlungen zur Gestaltung einer «enkeltauglichen» Zukunft.

Diese wurden anschließend den Bürgermeister*innen übergeben und alle Bürger*innen waren eingeladen, die Empfehlungen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. In einem weiteren Schritt plante die Steuerungsgruppe mit Sprecher*innen des Zukunftsrates das weitere Vorgehen. LOSLAND zeigt, dass dieses Grundprinzip für unterschiedlichste Kommunen funktioniert. Egal, ob große oder kleine, eher konservativ oder progressiv geführte Kommunen: Weil Formen der dialogorientierten Demokratie ganz nach Bedarf an die Fragestellung und den Kontext angepasst werden können,

können sie überall einen Mehrwert erzeugen und die Demokratie vor Ort stärken.

Auf Bundesebene wurde 2021 unter anderem der Bürgerrat «Deutschlands Rolle in der Welt» eingerichtet. Der Ältestenrat des Bundestages einigte sich fraktionsübergreifend auf die Fragen, mit denen er sich beschäftigen sollte. Wegen der Covid-19-Pandemie fand er digital statt. Im Ergebnis hielt er Leitsätze für die deutsche Außenpolitik fest, etwa, dass man «faire Partnerin und Vermittlerin» sein möchte. Trotz des komplexen und eher «bürgerfernen» Themas ist es in diesem Bürgerrat besonders gut gelungen, einen freien und gleichwertigen Austausch herzustellen, Wissen zu vermitteln und somit Einflüsse von Eliten zu begrenzen. Unter anderem gaben die beteiligten Schüler*innen sowie Menschen mit Hauptschulabschluss bei der Evaluation vom Institute For Advanced Sustainability Studies Potsdam und Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung Wuppertal häufiger als andere Gruppen an, dass sie den Eindruck hatten, ihre Argumente hätten Gewicht.

Beteiligung kann aber auch deutlich niedragschwelligere Prozesse verbessern und Selbstwirksamkeit fördern, wie es etwa die Ethnologin und Sozialwissenschaftlerin Victoria Luh, Julia Gabler und Jeremias Herberg in ihren Workshops zum Strukturwandel mit Auszubildenden der Lausitzer Energie AG beschreiben. Die jungen Menschen lernten, ihre Rolle und ihre Handlungsmöglichkeiten im Lausitzer Strukturwandel besser zu verstehen und zu erkennen. Sie entwickelten Strategien, sich öffentlich einzubringen: Dazu zählten eine Befragung anderer Auszubildender sowie Empfehlungen für die Zukunft des eigenen Unternehmens sowie für die Kommunal- und Landespolitik.



Im Rahmen des Modellprojektes LOSLAND haben zehn Kommunen in ganz Deutschland einen "Zukunftsrat" ins Leben gerufen, um Bürger*innen Vorschläge für eine "enkeltaugliche Zukunft" entwickeln zu lassen.

Mehr Übungsräume, um eine nachhaltige Kooperationskultur zu etablieren

Teilnehmende der LOSLAND-Kommunen, der bundesweiten Bürger*innenräte, die Auszubildenden, aber auch Verwaltungsmitarbeitende und Bürgermeister*innen betonen im Nachgang, dass es mit einmaligen Veranstaltungen und Modellprojekten allerdings nicht getan ist. Sie fordern mehr Übungs- und Erprobungsräume und ein planvolles Vorgehen, um eine demokratische Kooperationskultur zwischen Bürger*innen, Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren nachhaltig zu etablieren.

Durch die aktive Mitwirkung an demokratischen Prozessen können sich positive Verbindungen zwischen Bürger*innen sowie zwischen ihnen und repräsentativen Institutionen entwickeln. Teilnehmende berichten regelmäßig, dass sie Verständnis dafür entwickeln konnten, wie unterschiedlich Menschen auf bestimmte Problemlagen blicken, zum Beispiel auf die Lockdowns während der Corona-Zeit. Wenn Bürger*innen selbst in der Verantwortung stehen, wächst auch der Wunsch, sich umfangreich und differenziert zu informieren. Bei gelungenen Prozessen steht am Schluss oft eine politische Handlungsempfehlung, die als Ratschlag den Auftraggebern des Beteiligungsprozesses zurückgespielt wird oder die festhält, dass es zu einem Thema sehr unterschiedliche Positionen gibt. Dies wirkt demokratisch motivierend, denn es zeigt, dass es dennoch möglich ist, eine gemeinwohlorientierte Übereinkunft zu finden. Ergebnisse sind dabei keineswegs lediglich kleinste gemeinsame Nenner, sondern können auch jenseits der eigentlichen Fragestellung wichtige Erkenntnisse liefern. So empfahlen fast alle Zukunftsräte aus dem LOSLAND-Projekt ihren Bürgermeister*innen und

Stadt- beziehungsweise Gemeinderät*innen, die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft zu verbessern und die Letztere mehr an lokalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Förderprogramme ausweiten, um Kommunen mehr Spielraum für Projekte zu geben

Damit Beteiligung zu einem normalen Teil demokratischer (Alltags-) Kultur wird, müssen politische Entscheidungsträger*innen die Erfahrung machen können, dass sie dadurch ihre Handlungsmöglichkeiten ausweiten können. Im LOSLAND-Projekt wurde allerdings auch deutlich, wie sehr die kommunalen Verwaltungen bereits an der Belastungsgrenze arbeiten. Zusätzliche Projekte sind kaum zu stemmen – weder finanziell noch personell. Die wenigsten sind in der Lage, schnell neue Stellen oder Zuständigkeiten einzurichten und vielversprechende neue Projekte und Ideen mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Hier kommt die Landes- und Bundesebene ins Spiel. Förderprogramme müssen ausgeweitet, längerfristig Gelder bereitgestellt und zudem muss das Vergaberecht vereinfacht werden. Aber auch mit nichtmonitären Ressourcen könnten die Länder und der Bund unterstützen: zum Beispiel durch kostenlose Partizipationsberatung für Kommunen oder Angebote zum Ausbau der Beteiligungskompetenzen vor Ort.

Beteiligung kann selbstverständlich nicht allein die Probleme liberaler Demokratien lösen, aber sie kann ein wichtiger Baustein sein, damit sich Menschen mit Freude und Engagement für ihr Gemeinwesen einbringen. Doch das funktioniert nur dann zuverlässig und in der Breite, wenn die Rahmenbedingungen es den Kommunen leichtmachen, vor Ort gute Beteiligungsprozesse umzusetzen.

Weiterführende Quellen

Luh, V., Gabler, J., & Herberg, J. (2020).

Sie wollen bleiben: IASS Workshops mit Auszubildenden in der Lausitzer Braunkohleindustrie. IASS Workshop Summary.

Mehr zum Modellprojekt LOSLAND unter: www.losland.org

Dr. David Löw Beer leitet die Gruppe Regionale Nachhaltigkeitstransformationen und ist Sprecher des Bereichs Demokratie & Nachhaltigkeit am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) des Helmholtz-Zentrums Potsdam, vormals IASS Potsdam.

Daniel Oppold ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler und arbeitet seit 2016 am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) in Potsdam im Forschungsprojekt «Ko-Kreation in der demokratischer Praxis».



◀ Die Zukunftsräte des LOSLAND-Projektes übergaben ihre Ideen schließlich den Bürgermeister*innen und Stadt- und Gemeinderät*innen. Ein zentraler Wunsch: Die Bürgerschaft mehr an lokalen Entscheidungen zu beteiligen.

Durch Krieg und Pandemie hat sich schonungslos gezeigt, wie angreifbar und instabil unsere Lieferketten sind. Spätestens jetzt wird allen bewusst, dass wir unsere europäische Handels- und Rohstoffpolitik strategisch und nachhaltig ausrichten müssen. Denn eklatante Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörungen in der globalen Rohstoffproduktion gehen auf Kosten von Mensch, Umwelt und Klima.

Rohstoffwende statt Rohstoffwahnsinn

Text: Anna Cavazzini

Zamora Chinchipe ist eine Provinz in Ecuador, nahe der peruanischen Grenze, im Einzugsgebiet des Amazonas-Regenwaldes. Die Region zeichnet sich durch ihre Artenvielfalt und indigenen Völker aus. Aber auch die Bergbauindustrie hat die Provinz für sich entdeckt. Hoch oben im Condor-Gebirge liegt die Kupfermine Mirador. 2019 wurde sie von einem chinesischen Staatskonzern in Betrieb genommen und soll jährlich 96.000 Tonnen Kupferkonzentrat fördern.

Für den Bau der Mine wurden über 1.300 Hektar Regenwald abgeholzt. Seitdem verseuchen Abwässer der Mine die angrenzenden Flüsse. Ein Staudamm, in dem Millionen Tonnen toxische Minenschlämme lagern, droht zu brechen. Auch die Menschen vor Ort leiden: Einheimische werden gezwungen umzusiedeln, woberüber die NGOs PowerShift und Rettet den Regenwald berichteten.

Leider ist das kein Einzelfall. 2019 hat in Brasilien der Dambruch einer Eisenerzmine mehrere Hundert Menschen in den Tod gerissen und das Ökosystem des angrenzenden Flusses zerstört. Immer wieder kommt es weltweit beim Abbau von Rohstoffen zu schweren Verstößen gegen die Menschenrechte und massiver Zerstörung der Umwelt.

In den letzten drei Jahren hat sich unsere Welt verändert und mit ihr unsere weltweiten Handels- und Rohstoffströme. Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg haben uns schonungslos vor Augen geführt, wie abhängig wir von Rohstoffimporten einzelner Länder und wie fragil unsere globalen Lieferketten sind. Gerade im Bereich der Metalle, die Deutschland zu über 99 Prozent aus dem Ausland bezieht.

Unstillbarer Rohstoffhunger?

Doch wir haben noch nicht grundsätzlich umgedacht, unseren Bedarf an Rohstoffen noch nicht reduziert. Ob im Handy, Auto, Münzgeld oder in der Waschmaschine: (Metallische) Rohstoffe finden sich nach wie vor überall. Allein in Deutschland belief sich der Rohstoffkonsum im Jahr 2019 auf über 1.300 Millionen Tonnen, das entspricht 16 Tonnen pro Kopf. Und Prognosen zufolge wird der Bedarf an Rohstoffen noch deutlich steigen, da sie für Schlüsseltechnologien wie die Elektromobilität oder zum Bau von Solar- und Windanlagen benötigt werden. Sie sind zentral für die nötige Energiewende.

Wenn wir nichts an unserer Art, zu konsumieren und zu wirtschaften, ändern, bräuchten wir bis 2050 drei Erden, um unseren Rohstoffhunger zu stillen. Zahlen des International Resource Panel zeigen, dass in Deutschland im Jahr 2015 40 Prozent aller Treibhausgasemissionen allein auf den Abbau und die Verarbeitung von Rohstoffen zurückzuführen waren. Damit liegen wir deutlich über dem internationalen Durchschnitt, unser Rohstoffhunger geht also auf Kosten anderer. Für den Abbau werden zudem die so kostbaren Wälder gerodet. Schätzungen des Stockholm Environment Institute zufolge verursachen Importe in die EU 16 Prozent der weltweiten Abholzung des Regenwaldes.

Die Gründe für eine Rohstoffwende sind zahlreich und gewichtig: weg von Wegwerfgesellschaft und Ausbeutung von Natur und Mensch hin zu einer strategischen Autonomie der EU, Einhaltung hoher Umwelt- und Sozialstandards und Ausbau einer echten Kreislaufwirtschaft hin zum Nullressourcenverbrauch. Hierfür setzen wir Grünen uns sowohl in der Bundesregierung als auch im Europaparlament und auf der internationalen Bühne ein.

Meine Überzeugung ist, dass wir diese Herausforderungen nur gemeinsam in der EU lösen können. Die drei Grundpfeiler unserer grünen Strategie, um die Versorgungssicherheit und gleichzeitige Erreichung der Klimaziele sicherzustellen, sind erstens der Ausbau der Kreislaufwirtschaft, zweitens Sorgfaltspflichten in Lieferketten und drittens deren Diversifizierung.



Stillgelegte Kupfermine in Rosia Poieni, Rumänien, Juni 2009

Kreislaufwirtschaft – Abkehr von der linearen Wirtschaftsweise

Kreislaufwirtschaft bedeutet nicht nur eine effiziente Abfall- und Recyclingwirtschaft, sondern auch eine Abkehr von unserer bisherigen linearen Wirtschaftsweise. Durch zirkuläres Wirtschaften gehen wir effizient und schonungsvoll mit Ressourcen um, (wieder-)verwenden sie so lange wie möglich, damit Abfall gar nicht erst entsteht. Das ist der erste Grundpfeiler: eine klimaneutrale Wirtschafts- und Lebensweise, und zwar so schnell wie möglich.

Den Schirm dafür spannt der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft im Rahmen des EU Green Deal, mit dem sich die EU zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet hat. Der Aktionsplan beinhaltet eine ganze Bandbreite an Maßnahmen wie das Update der Ökodesign-Richtlinie. Denn um Stoffströme geschlossen zu halten, müssen wir beim Design von Produkten anfangen: langlebig, umweltfreundlich und recyclinggerecht. Das ist insbesondere bei Elektrogeräten von großer Bedeutung. Sie sind besonders rohstoffintensiv, zugleich ist Elektroschrott der am schnellsten wachsende Müllberg der Welt. Oftmals verstauben Smartphones nach wenigen Jahren in der Schublade, da eine Reparatur zu teuer oder nicht möglich ist. Um das zu ändern, arbeiten wir außerdem an einem europäischen Recht auf Reparatur.

Auch beim Recycling müssen wir deutlich besser werden. In Deutschland liegt der recycelte Materialanteil aktuell bei unter 13 Prozent – damit landen wir

EU-weit auf Platz sechs. Im Aktionsplan Kreislaufwirtschaft fordert die EU-Kommission höhere Recyclingquoten, bis 2030 sollen sie sich verdoppeln.

Lieferketten von Verbrechen gegen Menschenrechte freimachen

Zweitens brauchen wir ehrgeizige Umwelt- und Sozialstandards in den Lieferketten, um den weitverbreiteten Verstößen gegen die Menschenrechte insbesondere im Rohstoffabbau zu begegnen. Durch die Einführung verbindlicher menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflichten für Unternehmen kann das europäische Lieferkettengesetz, was ich gerade im Parlament mit verhandle, eine bahnbrechende Wirkung entfalten.

Die EU will den Handel mit Produkten aus Zwangsarbeit im Binnenmarkt verbieten. Sie legte einen entsprechenden Gesetzesvorschlag im Herbst vergangenen Jahres vor und reagierte dabei auf eine Forderung der Grünen. Derzeit sind weltweit circa 28 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen, auch im Bergbau. Ein solches Gesetz wird das Lieferkettengesetz ergänzen und unsere Rohstofflieferketten frei von Menschenrechtsverbrechen machen.

Diversifizieren – die Fesseln der Abhängigkeit lösen

Wie schmerzhaft zu große Abhängigkeiten von einzelnen Ländern sind, erleben wir durch Pandemie, Krieg und Klimawandel. Klar ist, dass wir unseren Ressourcenverbrauch grundsätzlich reduzieren, aber unseren Rohstoffimport diversifizieren müssen. Wir müssen uns breiter und nachhaltiger aufstellen und dabei die Menschenrechtslage und geostrategischen Realitäten stärker berücksichtigen. Diese Ansprüche müssen wir auch im EU Critical Raw Material Act verankern, der gerade ausformuliert wird.

Die große Frage, die wir uns vor allem als Grüne immer wieder stellen müssen, lautet: Wo kommen die Rohstoffe her? Hier in Europa verfügen wir über umweltschonende Technologien und gute Arbeitsbedingungen. Auch im Sinne unserer Unabhängigkeit wird zunehmend gefordert, die Förderung von Rohstoffen nach Europa zurückzuholen. Klar ist, dass ein solcher Abbau nicht in Umweltschutzgebieten und nur unter höchsten Umweltstandards sowie in enger Absprache mit der lokalen Bevölkerung stattfinden darf. In Sachsen, meinem Wahlkreis, wird schon jetzt mit Blick auf die Bundesrepublik vergleichsweise viel gefördert. In der Region Zinnwald im Erzgebirge soll beispielsweise ab 2025 Lithium abgebaut werden, ein wichtiger Bestandteil von Batterien.

Einsparen – nachhaltiger machen – diversifizieren: Es ist Zeit für die Rohstoffwende.

Anna Cavazzini sitzt seit 2019 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europaparlament, dort kämpft sie für einen nachhaltigen EU-Binnenmarkt und eine gerechte Globalisierung. Seit November 2020 ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Online-Schwerpunkte

Ökologie & Nachhaltigkeit

Alternative Energieträger erobern den Platz von Kohle, Öl und Gas, in den Städten verliert das Auto an Prestige und weltweit boomen die Umwelttechnologien. Technologische Innovationen gehen Hand in Hand mit einem veränderten, nachhaltigen Lebensstil. Die Weichen sind gestellt, aber wir müssen uns beeilen, um den Wettlauf mit der Zeit zu gewinnen.

boell.de/referat/oekologie-nachhaltigkeit

Sozialpolitik

Globalisierung und digitale Revolution, demographischer Wandel und zunehmende Individualisierung erzwingen ein neues Nachdenken über eine Reform der sozialen Vorsorge. Es gilt, Lösungen für die Verknüpfung von Eigenverantwortung und Solidarität, Bildung und ökonomischer Innovation, staatlichen Garantien und bürgerlichem Engagement, privatem Wohlstand und öffentlichen Gütern zu finden.

boell.de/referat/sozialpolitik

Praxis kommunale Verkehrswende

Die CO₂-Emissionen im Verkehr steigen, obwohl sie dringend sinken müssten. Ob E-Mobilität, Ride Sharing oder ÖPNV: Wir zeigen die besten Praxisbeispiele für die kommunale Verkehrswende in Deutschland und Europa und fragen: Wie sieht die lebenswerte Stadt der Zukunft aus?

boell.de/kommunale-verkehrswende

Schriftenreihe

Nachhaltige Finanzpolitik

Die Corona-Pandemie, der Klimawandel, die demographischen Veränderungen, die marode Infrastruktur – das sind Herausforderungen, die nach einer neuen Finanzpolitik verlangen. Welche finanzpolitischen Weichenstellungen sollte die Politik auf Europa-, Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen vornehmen, damit auch die künftigen Generationen in Wohlstand leben können? Anregungen und Handlungsempfehlungen gibt der Bericht des finanzpolitischen Arbeitskreises der Stiftung.

boell.de/nachhaltige-finanzpolitik

Bildung im Sozialraum

In Deutschland gelten rund 2,2 Millionen Schüler*innen als «bildungsarm», denn sie verfügen zum Beispiel nicht über die Mindestkompetenzen in Deutsch und Mathematik. Wer die Bildungschancen dieser Kinder und Jugendlichen verbessern will, muss deren reale Lebenswelten genau in den Blick nehmen. Die Autor*innen haben das mittels Interviews getan und geben Empfehlungen, wie aus Risiken Chancen erwachsen können.

boell.de/bildung-sozialraum

Atlas

Sozialatlas 2022

Der deutsche Sozialstaat ist leistungsfähig und trägt zu einer weitgehend abgesicherten Gesellschaft bei. Trotzdem bleibt viel zu tun. Es gibt strukturell bedingte Lebensrisiken und ungleiche Lebenschancen, die gerade Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungsperspektiven beschränken. Unser Sozialatlas 2022 bringt Übersicht in die Komplexität des Sozialsystems, zeigt seine Grundlagen und Perspektiven. So wird sichtbar, dass der soziale Zusammenhalt auf einer Kooperation von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft beruht – und seine Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann.

Boell.de/sozialatlas

Podcasts

Sozialatlas (1-4)

Ein Sozialstaat ist mehr als Hartz IV und Kindergeld. Er will soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit schaffen. Aber löst Deutschland dieses Ziel noch ein oder sind die Menschen enttäuscht? Und was bedeutet überhaupt Zusammenhalt und Solidarität? Was muss der Staat machen, dass Teilhabe und Chancengerechtigkeit gewahrt bleiben? Diese und weitere Fragen werden in vier Folgen diskutiert, u.a. mit Ricarda Lang, Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und Prof. Heinz Bude, Soziologe und Autor.

Wärmewende (1-6)

Die Wärmewende galt bisher als schlafende Riesin der Energiewende. Aus vielen Gründen ist es nötig, sie aufzuwecken. Wie es funktioniert und welche Voraussetzungen es braucht, besprechen wir in dieser Böll-Spezial-Podcastreihe zur Wärmewende.

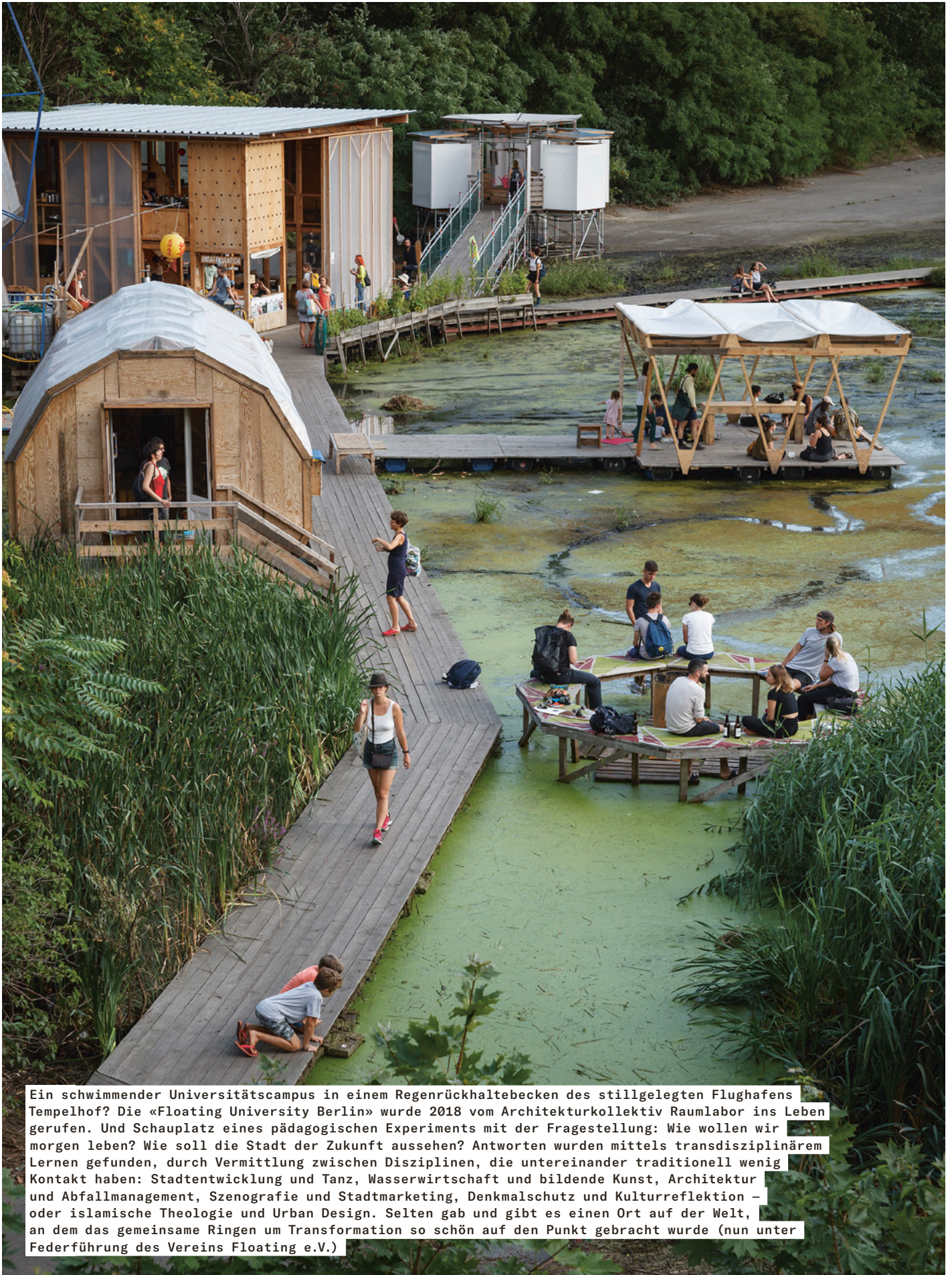
boell.de/podcasts

Unterrichtsmaterial

Einleben

In diesem digitalen Spiel werden Schüler*innen mit typischen Ereignissen der Lebensjahre 16 bis 30 konfrontiert. Sie treffen Entscheidungen, ob und wie sie Bildung, Geld und Beziehungen einsetzen wollen. Ihre Ressourcen sind dabei unterschiedlich verteilt. Mit 30 Jahren erreichen sie ihren individuellen Zufriedenheitswert. Abschließend kann reflektiert werden, wie die Startvoraussetzungen und das Ergebnis im Verhältnis zueinander stehen. Ab Klasse 10.

boell.de/unterrichtsmaterialien



Ein schwimmender Universitätscampus in einem Regenrückhaltebecken des stillgelegten Flughafens Tempelhof? Die «Floating University Berlin» wurde 2018 vom Architekturkollektiv Raumlabor ins Leben gerufen. Und Schauplatz eines pädagogischen Experiments mit der Fragestellung: Wie wollen wir morgen leben? Wie soll die Stadt der Zukunft aussehen? Antworten wurden mittels transdisziplinärem Lernen gefunden, durch Vermittlung zwischen Disziplinen, die untereinander traditionell wenig Kontakt haben: Stadtentwicklung und Tanz, Wasserwirtschaft und bildende Kunst, Architektur und Abfallmanagement, Szenografie und Stadtmarketing, Denkmalschutz und Kulturreflection – oder islamische Theologie und Urban Design. Selten gab und gibt es einen Ort auf der Welt, an dem das gemeinsame Ringen um Transformation so schön auf den Punkt gebracht wurde (nun unter Federführung des Vereins Floating e.V.)

Der besondere Tipp

Veranstaltungen

12. Europäisches Geschichtsforum: Decolonize!

22. Mai (Mo), 10.00 – 18.00 Uhr (mit Livestream)

re:publica 23: CASH

5.-7. Juni (Mo-Mi), Arena Berlin & Festsaal Kreuzberg

Transkontinentale Mobilität: Wieviel Begegnung braucht die Dekolonisierung?

19. Juni (Mo), 17.00 – 19.00 Uhr (mit Livestream)

Green Cities 2035: Bauwende

22. Juni (Do), 17.00 – 19.00 Uhr (online)

calendar.boell.de

Atlas

Mooratlas

Moore sind reich an seltenen Tier- und Pflanzenarten und können in ihren Torfböden riesige Mengen Kohlenstoff speichern. In Mitteleuropa sind jedoch weit über 90 Prozent der Moore trockengelegt. Der Mooratlas beleuchtet die Folgen der Zerstörung dieser einzigartigen Lebensräume und zeigt die Chancen durch deren Wiedervernässung auf.

boell.de/mooratlas

Dossiers

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Ein Ende des brutalen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist nicht absehbar. Unser Dossier verbindet grünnaher Perspektiven zu den globalen geopolitischen Implikationen dieses Krieges mit ukrainischen Stimmen zum Überleben der Gesellschaft im Krieg.

boell.de/russlands-angriffskrieg-auf-die-ukraine

Sicherheit in der Grauzone

Russlands Angriff auf die Ukraine hat weitreichende Konsequenzen für die globale Sicherheitsarchitektur. Wie sich Deutschland, die EU und die transatlantische Gemeinschaft diesen Herausforderungen stellen, war Gegenstand unserer 23. Außenpolitischen Jahrestagung im Februar 2023.

boell.de/23-aussenpolitische-jahrestagung

Podcasts

Mooratlas (1-3) | Böll.Spezial

Moore sind aus Deutschland nahezu verschwunden. Ihr Trockenlegen wurde lange als „Sieg der Zivilisation“ gefeiert. Doch nun zeigt sich: Entwässerte Moore stoßen ungeheure Mengen CO₂ aus und treiben damit den Klimawandel voran.

Stummer Frühling (1-3) | Böll.Spezial

Noch immer steigt der globale Pestizideinsatz an, mit verheerenden Folgen für die Umwelt. Wir blicken zurück auf die Pestizidskandale der letzten Jahre und auf das zivilgesellschaftliche Engagement von Millionen Europäerinnen und Europäern, die dagegen ihre Stimme erheben.

Medienfreiheit in Europa – Beschimpft, bedroht, gefährdet | Böll.Fokus

Die Medienfreiheit gerät auch in Europa zusehends unter Druck: unter anderem in Ungarn, Polen und Malta. Fachleute diskutieren in diesem Podcast die Bedrohung von Journalist*innen in der EU und was die europäische Politik dagegen unternehmen kann.

East Side Stories (1-4) | Böll.Spezial

Kritische Stimmen sprechen auch fast 33 Jahre nach der Wiedervereinigung von einem unvermindert bestehenden „West-Ost-Konflikt“. Wir geben in dieser vierteiligen Reihe Menschen aus der ehemaligen DDR das Wort. Es geht um Erinnerungen an Kinder- und Jugendbücher, um Pop- und Alltagskultur sowie die leisen/lauten Stimmen der Literatur – eine vielschichtige Geschichtserinnerung, die Zwischentöne zulässt.

Seminar-Reihe

Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten

Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 analysiert die Entwicklung autoritärer und rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In sechs Onlineseminaren werden grundlegende Aspekte der Studie vorgestellt und diskutiert. Materialien zur Studie und die Termine der Seminare finden Sie auf unserer Webseite.

boell.de/leipziger-autoritarismus-studie

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030 – 2 85 34 – 0
F 030 – 2 85 34 – 109
info@boell.de

www.boell.de

Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Konzept und fachliche Beratung

Dorothee Schulte-Basta

Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger
Martin Reichert

Schlussredaktion

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Titel-Illustration

Franz Lang

Druck

Kern GmbH Bexbach

Papier

Umweltpapier + Umweltsiegel

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz:
CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt



twitter.com/boell_stiftung
facebook.com/boellstiftung
youtube.com/user/boellstiftung
soundcloud.com/boellstiftung
flickr.com/photos/boellstiftung
instagram.com/boellstiftung/

«Wer die Transformation gestalten will, muss auch mit Wertekonflikten umgehen, regionale Traditionen integrieren, gesellschaftliche Vielfalt mitdenken und Partizipationsmöglichkeiten ausbauen. Denn die Klimakrise können wir nur gemeinsam lösen.»

Böll.Thema 23-1
Gemeinsam verändern – Ein Heft für bewegte Zeiten

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 33 Auslandsbüros ist sie weltweit gut vernetzt. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de

Hier geht's zur Onlineausgabe

